

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **435000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zimmer höher klettern die Kurse von Elektrizitätsaktien, die Spekulation ist „elektrisiert“, ihre Phantasie wird fortwährend durch Meldungen und Gerüchte über neue Geschäfte, Ausdehnungs- und Fusionsbestrebungen der Elektrizitätsgesellschaften angeregt. Charakteristisch ist auch, daß die Mitteilung über die bevorstehende Auflösung des sogenannten Elektrokartells keine Beachtung fand. Der Kartellvertrag, der lange Zeit geheim gehalten worden war, bezweckte ein gemeinsames Vorgehen bei Submissionen, er läuft im Oktober dieses Jahres ab und soll nicht erneuert werden. Erinnerung dürfte sein, welche heftige Kritik dieser Vertrag bei seiner Bekanntgabe gefunden hat, aber keineswegs verfiel er nun in Mißacht auf die Stimmung der Öffentlichkeit. Dem Elektrokartell gehören die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Siemens-Halske-Schubert und die Fellen & Guilleaume-Lahmeyerwerke an, seine Nichterneuerung wird jedoch keine Lockerung der Kartellverhältnisse in der Elektrizität nach sich ziehen. Durch die jüngst besprochene Vereinigung der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, eines Finanzinstituts der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, mit der Elektrizitätsgesellschaft vormals Lahmeyer in Frankfurt a. M. wurde eine enge Verbindung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft mit den Fellen & Guilleaume-Lahmeyerwerken hergestellt, eine völlige Fusion wird in nicht zu langer Zeit spruchreif werden. Ein Gegensatz zwischen diesen beiden Gesellschaften ist heute schon völlig ausgeschaltet, dazu kommt, daß zwischen dem Konzern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und dem von Siemens-Halske-Schubert in allen wichtigen Fragen und Geschäften offen und noch viel mehr geheim Vereinbarungen bestehen und weiterhin von Fall zu Fall getroffen werden. Unter diesen Umständen hat das Elektrokartell jede Bedeutung eingebüßt, es ist überflüssig geworden, sein Aufhören ist eher die Folge des Kräfte gewordenen Zusammenschlusses der führenden Elektrizitätsunternehmungen. Auf dem Gebiete der Ueberlandzentralen ist die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft besonders stark tätig; Hand in Hand mit der Errichtung derartiger Werke geht die Wachtung der Elektrizitätswerke von Gemeinden und Kreisverbänden, um zur Hebung der Rentabilität von Ueberlandzentralen möglichst weite und unbeschränkte Abgabebiete zu schaffen. Auch die Bergmann-Elektrizitätswerke, die bekanntlich bedeutende technische und finanzielle Leistungen im Ueberlandzentrale haben, sind in diesen Tagen zur Gründung einer neuen Ueberlandzentrale geschritten, die die Firma Ueberlandzentrale Westpreußen, G. m. b. H., trägt. Die ertönten Gerüchte über neue umfassende Veränderungen in der Elektrizitätsindustrie wollen auch davon wissen, daß Siemens & Halske jetzt mit besonderer Energie bemüht sind, eine Annäherung an die Bergmann-Elektrizitätswerke herbeizuführen, man vermutet, daß die Deutsche Bank, die die Hauptbankverbinding beider Gesellschaften ist, angesichts der erregten Herrschaft der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft über die Fellen & Guilleaume-Lahmeyerwerke diese Versuche nachdrücklich unterstützt. Wie bei den Diskussionen über diese Pläne mitgeteilt wurde, haben die Gesellschaften des Siemens-Konzerns im abgelaufenen Geschäftsjahr Rekordumsätze und Rekordaufträge zu verzeichnen gehabt, auch die Erträge dürften sehr günstig sein.

Als ein Zeichen der Besserung auf den Eisenmärkten ist unter anderem die Erhöhung der Stabeisenpreise anzusehen. Mitte August zogen die Eisenpreise am internationalen Markt an, nachdem die Notierungen in den Monaten vorher mehrfach gesunken waren. Von der deutschen Stabeisenkonvention war beabsichtigt, die neuen Preise erst in einer Konferenz im September festzusetzen, die günstigere Situation auf den Auslandsmärkten veranlaßte sie schon früher zu einer Preisregelung, die für das vierte Quartal eine Erhöhung der Verkaufspreise um 2 M. pro Tonne beträgt. Für Polen, Schlesien, sowie für Verbenungen nach Berlin auf dem Wasserwege soll die Preisserhöhung um 3 M. betragen. Die Ausführungspreise sollen möglichst um 2 M. für o.e. Tonne erhöht werden. Gleichzeitig hat sich auch am Zink- und Zinnmarkt eine Besserung eingestellt; bei der jetzigen Preislage auf dem Zinkmarkt gestaltet sich der Betrieb in der deutschen Zinkindustrie außerordentlich gewinnbringend.

Der Abschluß der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft für 1909/10 weist nach Abschreibungen von 5,4 Millionen (im Vorjahr 5,1 Millionen) einen Reingewinn von 6,37 Millionen Mark gegen 4,19 Millionen Mark im Vorjahr aus. Auf das Aktienkapital von 50 Millionen gelangt eine Dividende von 10 Prozent zur Verteilung, für das Jahr 1908/09 erhielten 24 Millionen Mark alte Aktien 10 Prozent und 18 Millionen junge Aktien 5 Prozent Dividende. Die Herren Aufsichtsräte profitieren von der Gewinnsteigerung sehr beträchtlich, während der Aufsichtsrat, der 20 Mitglieder zählt, im Vorjahr 123 333 M. bezog, erhält er für das letzte Jahr 223 282 M., also fast 100 000 M. mehr. Auch die Dortmund-Union, die ihren letzten selbständigen Geschäftsabschluß veröffentlicht (bekanntlich ist sie nun mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft verbunden), hat im Jahre 1909/10 eine Gewinnsteigerung zu verzeichnen. Nach Abschreibungen von 3,46 Millionen (im Vorjahr 3,05 Millionen) ergibt sich ein Reingewinn von 2,19 Millionen gegen 1,81 Millionen im Vorjahr. Auf D-Aktien gelangt wieder eine Dividende von 5 Prozent zur

Verteilung, auf die C-Aktien eine Dividende von 3 Prozent gegen 2 Prozent im Vorjahr. Beide Gesellschaften klagen, daß die Beschäftigung in den syndizierten A-Produkten des Stahlwerksverbandes (Halbzug, Formeisen und Eisenbahnmaterial) weit hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurückbleibt, in Uebereinstimmung damit steht die Meldung, wonach bei dem deutschen Stahlwerksverband der voranschreitliche Bestand im laufenden Jahre 80 Prozent der Beteiligung nicht überschreiten wird.

Der Roheisenverkaufsvereinigung haben sich inzwischen wieder verschiedene Eisenwerke angeschlossen, außerhalb der Vereinigung befinden sich zurzeit besonders nach die Kaiser-Eisen- und Stahlwerke, die Siegerländer und die Lothringisch-Luxemburgische Hochofenwerke. Die Kaiser-Eisen- und Stahlwerke haben im letzten Jahre beträchtlich erhöhte Ergebnisse erlangt, nach Abschreibungen von 861 000 M. gegen 637 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Ueberschuß von 1,15 Millionen gegen 401 200 M. im Vorjahr. Auf das von 5 Millionen auf 10 Millionen erhöhte Kapital wird eine Dividende von 8 Prozent gegen 5 Prozent vorgeschlagen. — Die Friedrich-Thomae-Aktien-Gesellschaft in Verböhl, die zu den reinen Walzwerken gehört, hat für 1909/10 eine Besserung der Ergebnisse aufzuweisen; sie bringt 5 Prozent gegen 3 Prozent im Vorjahr zur Verteilung. In den Jahren 1905/06 und 1906/07 zahlte sie Dividenden von 10 und 12 1/2 Prozent. — Mit einem Verlust von 4155 M. schließt der Siegen-Solinger Gußstahlverein ab. Der Verband hat zwar in dem letzten Geschäftsjahr von 6785 Tonnen auf 7913 Tonnen zugenommen, der Mißerfolg ist nach der Erklärung der Verwaltung auf die sich immer mehr verschärfende Konkurrenz in ihren Fabriken zurückzuführen. — Eine Dividende von 10 Prozent gegen 6 Prozent für das Vorjahr wird die Düsseldorf-Eisen- und Drahtindustrie A.-G. zur Ausschüttung bringen. Nach erhöhten Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 488 000 M., der sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat. — Als betrieblig wird die Geschäftslage von dem Verband Europäischer Emailierwerke bezeichnet, der Beschäftigungsstand des Verbandes hat auch während der Hochsommermonate nicht abgenommen, so daß teilweise schon heute Lieferfristen bis Ende dieses Jahres gefordert werden müssen. Die Nachfrage in den überseeischen Märkten ist reger, auch die ostasiatischen und afrikanischen Märkte haben sich gegen das Vorjahr wesentlich belebt. Am 20. September findet die Generalversammlung des Verbandes statt; sie wird voraussichtlich auch eine Erhöhung der Preise für Lieferungen im ersten Quartal 1911 beschließen. Im Anschluß an die Verbandsversammlung finden Verhandlungen mit den russisch-polnischen, spanischen und italienischen Emailierwerken über den Abschluß von Konventionsverträgen für deren heimische Abgabebiete statt. So wird die internationale Organisation des Kapitals in der Emailierindustrie immer lückenloser. — Die Emailier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Ulrich in Mailammer bringen bei Ergebnissen, die etwa den vorjährigen gleichen, wieder eine Dividende von 6 Prozent zur Verteilung.

Unter der Führung der Walde-Lettering A.-G. kam nach Aufhebung des Röhrenkartells eine Anzahl von Röhrenwerken zu einem Uebereinkommen, nach dem für den Absatz von Gasröhren in Zukunft 3 Klassen aufgestellt werden, zwischen denen eine Preispannung von je 1 Prozent Brutto liegen soll. Die erste Klasse soll die 1/2- bis 3/4-zölligen Röhre umfassen, die zweite die 3/4- bis 2-zölligen und die dritte die 2- bis 4-zölligen. Diesem Vorgehen haben sich unter anderem die Mannesmann-Röhrenwerke nicht angeschlossen. Daß sich aus diesem Uebereinkommen wieder eine festere Vereinigung der Röhrenwerke bilden könnte, wird in den beteiligten Kreisen nicht erwartet. Am Röhrenmarkt soll sich zurzeit eine leichte Besserung der Geschäftslage bemerkbar machen.

Kürzlich teilte die Verwaltung der Deutschen Babcock und Wilcox-Dampfkesselwerke A.-G. mit, daß der Bestand an Aufträgen und die Summe der Fakturen zwar bedeutend höher als im Vorjahre wäre, die erzielten Preise jedoch derartig schlecht seien, daß ein gleich hohes Gewinnergebnis wie im Vorjahre kaum zu erwarten ist. Eine Betrachtung der Abschlußzahlen des Vorjahres ergibt nun, daß der vorjährige Gewinn ganz außerordentlich hoch war. Der Gewinnsegen kam aber in der Dividende, die 9 1/2 Prozent betrug, nicht annähernd zum Ausdruck. Nach Abschreibungen von 250 815 M. blieb ein Reingewinn von 608 019 M., von dem nur 261 250 M. zur Verteilung der Dividende Verwendung fanden, rund 300 000 M. wurden dem Spezial-Reservefonds überwiesen und 30 000 M. auf neue Rechnung vorgelagert. Es betragen also die Abschreibungen soviel wie die zur Verteilung gelangten Gewinne, die in Spezialreserven geflossen Summen waren mit 300 000 M. noch um 40 000 M. höher als die Dividendensumme. Gegenüber so ungewöhnlich glänzenden Erträgen will es also wenig bedeuten, wenn der Gewinn für 1909/10 etwas zurückbleibt.

Ueber die Entwicklung der C. Lorenz Aktiengesellschaft zu Berlin gibt der Prospekt Aufschluß, der aus Anlaß des Antrages auf Zulassung der Aktien dieses Unternehmens zur Notierung an der Berliner Börse veröffentlicht wird. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 1 400 000 M., sie ist im Jahre 1906 aus der Firma C. Lorenz zu Berlin mit Ueberlassung in Petersburg hervorgegangen. Sie fabriziert sämtliche Artikel, die in das Gebiet der Telegraphie und Telephonie fallen, sowie alle Artikel, die für Massenkleinfabrikation und Feinmechanik geeignet sind, besonders werden hergestellt: Telephonapparate und Zubehörteile, Telephonvermittlungsschranken, Morse-Telegraphenapparate, Ferndrucker, Eisenbahnsignale, Feuermelde- und Rohrposteinrichtungen, Einrichtungen für Telephonie und Telegraphie für Schiffahrts-, Bergwerks- und Armeezwecke, besondere Abteilungen bestehen für

drahtlose Telegraphie und Telephonie und für die Installation aller Arten von Schwachstromapparaten, Akkumulatoren und dergleichen. Die Dividenden in den vier Jahren seit Bestehen der Gesellschaft betragen 10, 12, 16, 16 Prozent. Dem Aufsichtsrat gehören neben Bankverwaltern der Admiral à la suite des Seeoffizierskorps Wilhelm Büchel und der Oberstleutnant a. D. Friedrich Lichmod an. In einem wirtschaftlichen Wegweiser für Seeoffiziere a. D. schrieb unlängst der Viceadmiral a. D. v. Ahlefeld, Offiziere a. D. hätten gute Aussicht, Aufsichtsräte bei Gesellschaften zu werden, die Lieferungen für Behörden haben oder erlangen wollten. Das Verlangen nach guten Verbindungen mit Staatsverwaltungen erklärt wohl auch die Zugehörigkeit der genannten Offiziere zum Aufsichtsrat der Gesellschaft C. Lorenz.

Eine Erhöhung des Aktienkapitals um 300 000 M. auf 1,6 Millionen schlägt die Verwaltung der Aktiengesellschaft Gebr. Krüger & Co. (Wiederdruckapparate), Berlin, vor; sie teilt dabei mit, daß der Geschäftsgang sowohl bei dem Stammunternehmen als bei der A. Krüger G. m. b. H. sehr lebhaft sei, die erste Hälfte des Geschäftsjahres einen erheblich höheren Gewinn als die entsprechende Zeit des Vorjahres erbracht habe. Infolge der starken Beschäftigung erweise es sich als notwendig, die Eröffnung der Fabrik durch Neubau zu vergrößern. — Ueber die Erhöhung des Grundkapitals von 1,2 auf 2 Millionen Mark wird demnächst eine außerordentliche Generalversammlung der Hannoverischen Waggonfabrik A.-G. beschluß fassen. Die Gesellschaft hat erhebliche Neuanlagen durchgeführt; nach Mitteilung der Verwaltung wird trotz der allgemein zurückgegangenen Preise der Jahresumsatz über 4 Millionen Mark betragen und dem vorjährigen gleichkommen. Durch die in allen Betriebsabteilungen durchgeführten verbilligenden Neuanlagen soll das Jahresresultat nach Abschreibungen, die die Verwaltung als gut bemessen bezeichnet, nicht nur die Ausschüttung der vorjährigen Dividende von 10 Prozent gestatten, sondern auch noch die Verwendung eines Abschreibungsüberschusses zur Kräftigung des Unternehmens durch Rezerbestellungen ermöglichen. — Wie vorausgesehen war, hat auch die Maschinenbauanstalt Alten-Essen in Dortmund, die zum Konzern der zusammengebrochenen Niederdeutschen Bank gehört, den Konkurs anmelden müssen. Direktor dieser Gesellschaft war der jetzt verhaftete Dr. Kolben, der Kassierer der Niederdeutschen Bank. Begründet wurde die Gesellschaft im Jahre 1905. Sie ging aus der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbauanstalt und Eisengießerei G. m. b. H. hervor.

Die Mittelbetriebe in der Berliner Maschinenindustrie.

(Schluß.)

Zu der Besprechung der Grundlagen der Existenz der Berliner Mittelgewerbe ist von besonderem Interesse die vielberufene „Auswanderung des Kapitals“, mit der ja von den Unternehmern so oft schon aus allen möglichen Gründen gedroht wurde. Nun, die Berliner Unternehmungen sind geradezu auf der Flucht in ländliche Gemeinden hinaus, so daß sich hier in Form der „Stadtflucht“ die entgegengesetzte Bewegung von der Landflucht vollzieht. Die Gründe der industriellen Stadtflucht sind verschiedenartig. Zunächst bewirkt der Fortgang ganz selbstverständlich den Vorteil der Emanzipation von den Berliner Grundwerten. Werden die Werkstätten in die weiter entfernt liegenden Provinzen verlegt, so ist die Differenz zwischen den Grundwerten manchmal so enorm, daß sich die früher in Berlin ansässigen und kaum rentierenden Gewerbebetriebe durch die wesentlich verringerten Unkosten zu lukrativen Unternehmungen umgestalten. Doch ein Umwandern in die entlegeneren Landestheile kann immer nur von denjenigen Betrieben geschehen, die entweder auf den Berliner Markt und die sonstigen Vorteile der hauptstädtlichen Verhältnisse nicht angewiesen sind oder bei denen noch eine nähere Lage zu der Rohstoff- oder Kostengewinnung von größeren Vorteilen ist, als wenn sie die Produktion im Herzen des Berliner Konsums ausüben, zumal sie dieses Abgabebiet gegebenenfalls durch eine Agentur oder Filiale in ihre Interessensphäre zu ziehen vermögen.“ So ist eine Fabrik für Feuerlöschgerätschaften von Berlin weg verlegt und mit zwei anderen gleichartigen Unternehmungen zu einem Trust unter der Firma „Vereinigte Feuerlöschgerätschaften, G. m. b. H.“ verschmolzen worden, die nun in Berlin eine Vertretung mit Musterlager hat. Daneben befinden sich nur drei kleine Mittelbetriebe derselben Branche mit zusammen höchstens 27 Personen in Berlin. Die Großfabrikation von Buchdruckmaschinen hat sich unter Zurücklassung von Niederlagen nach Süddeutschland geflüchtet. Die früher berühmte Berliner Textilindustrie ist fast ganz verschwunden.

Die Verlegung der Betriebe von Berlin aufs Land bietet den Unternehmern auch Gelegenheit zu Betriebsverlagerungen, Anschaffung der neuesten und besten Maschinen und damit in Verbindung zur zweckmäßigsten Organisation der Fabrik. Damit geht dann freilich Hand in Hand die Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen sowie die Verdrängung der teureren männlichen durch die billigeren Frauen- und jugendlichen-Arbeit, der qualifizierten durch ungelernete Arbeit. Auf diese Weise gelang es zum Beispiel einem großen Betrieb der elektrotechnischen Branche, die Arbeiterzahl um ein Zehntel zu reduzieren und gleichzeitig die Produktion um ein Zehntel zu vermehren, also entsprechenden höheren Profit zu erlangen. Es gibt aber auch Hindernisse für die industrielle Stadtflucht. So sind in den Gemeinden um Berlin die Steuerzuschläge mit 120 bis 150 Prozent gegen 100 Prozent in der Reichshauptstadt empfindlich höher. Die große Differenz erklärt sich dadurch, daß in jenen Gemeinden eine zum großen Teil wenig steuerkräftige Bevöl-

kerung vorhanden ist, deren rasche Vermehrung infolge der Nähe Berlins oder starke Anforderungen an sie stellt.

Sodann bieten für zahlreiche Betriebe die günstigeren Berliner Absatz- und Konsumtionsbedingungen mehr Vorteile, als solche mit der Betriebsverteilung verbunden sind. Berlin ist die Zentrale aller staatlichen Behörden, der Kongressort des Reichs und Uebertragungsberichts des Handels, der Presse, des Fremdenverkehrs, der binnenländischen Schifffahrt und dergleichen mehr.

Die engen Beziehungen schon zu den Zentralinstanzen der Verwaltungsbehörden, zum Beispiel der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, die als die größte Arbeitgeberin Deutschlands Fabriken aller möglichen Branchen zu Lieferungen heranzieht, sichern den hier ansässigen Betrieben ein Uebergewicht und zwingen sie, in Berlin oder doch in dessen nächster Nähe sesshaft zu bleiben; denn die häufig nötig werdenden Konferenzen und schnellen Entschlüsse und Entscheidungen bedürfen oft der persönlichen Initiative der Fabrikleitung und können durch Vertreter nicht immer in genügender Weise wahrgenommen werden.

Zunehmend können an eine Verlegung der Betriebswerkstätten, sei es in die Vororte oder in die weiter entfernten Provinzen, nur die Unternehmungen denken, die auf die Berliner Kundenschaft weniger angewiesen sind, die sich vor allen Dingen spezialisieren haben und daher in den modernen Fabrikräumen auch auf einen erweiterten Markt Rücksicht nehmen, also für vermehrte Absatz sorgen und zu Lieferungen an einen ihnen persönlich meist unbekanntem Kundenzirkel, zur Massenproduktion übergehen.

Die 17 Mittelbetriebe für die Verfertigung von Buchdruckereimaschinen und Apparaten sind zum größten Teil Niederlassungen der auswärtigen Großproduzenten; zwei Betriebe beschäftigen sich lediglich mit Reparaturen.

So oder ähnlich ist die innere gewerbliche Qualität der anderen Betriebe beschaffen. Dazu kommt dann als eine der hauptsächlichsten Erfordernisse der wirtschaftlich nicht mehr notwendigen Klein- und Mittelbetriebe eine weitgehende Verdrängung aus dem Markt, weswegen das „Handwerk“ geradezu das Monopol auf die „Lehrjahrsausbildung“ für sich beansprucht. So fand Dr. Kieffner auf seinen Wanderungen einen Betrieb der Maschinenbranche mit 19 Arbeitern und 18 Lehrlingen, einen anderen mit 6 Arbeitern und 9 Lehrlingen. Es fragte denn auch der Inhaber eines Betriebes für automatische Türschlösser, der 5 Personen beschäftigt, über die Schwerkraftantriebe von Betrieben, die die Lehrjahrsarbeit ausüben und er fügte ganz richtig hinzu: „In solchen kleineren Spezialbetrieben Lehrjahre zu halten, ist weiter nichts als Pein.“

Dr. Kieffner verweist sein Urteil über die Mittelbetriebe in der Berliner Maschinenindustrie dahin, daß die Mehrzahl derselben schon heute nur noch eine ganz unzureichende Bedeutung hat, angesehen von der Massenproduktion, dem Wagnisse, der Veranschlagungskosten und in gewisser Beziehung von der Konkurrenz der Massenproduktion, und er bezeichnet diese Stellung als das wichtigste Ergebnis der Untersuchung. Er führt dann fort: „Wir haben vielfach die Abhängigkeiten durchschauen sehen, welche die Mittel-

betriebe zum großen Teil in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Großindustrie bringt und es kann nicht geleugnet werden, daß sie oftmals lediglich die Bedienten (wie erinnern an die Reparaturen, die in fast allen Mittelbetrieben einen großen Teil der Beschäftigung ausmachen) und Wafallen (Installation) des Kapitalismus sind, die funktieren vielfach nicht mehr als Herren, sondern als Knechte. Wir können uns daher nach allem nur der Ansicht Naumanns anschließen und variierend referieren: Das Schicksal ist zu den Großbetrieben übergegangen und die kleineren Betriebe folgen ihnen wie ein Wehrenlefer dem Trupp der Schmitzer. Auch wenn seine Tagesernie nicht schlecht ist, so kann er doch immer nur nehmen, was übrig bleibt, nachdem die Garben der Großen in Reife und Glanz stehen.“

Das Naumannsche Bild ist für die vielbesprochenen Mittelbetriebe nicht schmeichelhaft, aber es ist wahr und darum auch erscheint die Argumentation von anderer Seite um so überzeugender, in der Zunahme dieser Art von Betrieben eine tatsächliche Widerlegung der sozialistischen Theorie, eine Ueberwindung des Sozialismus dazum zu wollen.

Ein besonderer Abschnitt ist der Darstellung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Mittelbetrieben der Berliner Maschinenindustrie gewidmet. Es lohnt sich, darauf etwas näher einzugehen.

Die Durchführung der Hüttenarbeiter-Schutzverordnung nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

IX. (Schluß.)

(Klagen der Unternehmer. Klagen der Gewerbeinspektoren. Mehr Beamte — mehr Arbeiter. Tabelle der Ueberarbeit. Ueberstunden als mehr Lohn. Nebenwirkungen. Weg mit den Ausnahmen — strikte Durchführung. Mehr Schutz. Achthunderttag. Hinein in die Organisation.)

Unsere Wanderung ist beendet. Fassen wir kurz die hervorsteckendsten Merkmale aus den einzelnen Berichten der Gewerbeinspektoren über die Durchführung der Hüttenarbeiterverordnung zusammen, so finden wir einmal ein allgemeines Klagen der Unternehmer über die viele Schreibarbeit, die das verlangte Ueberarbeitsverzeichnis mit sich bringt. Auch über einen Anstieg an der Produktion wird geklagt. Die Unternehmer werden diese Schmerzen schon noch ertragen können.

Die Aufsichtsbeamten der Gewerbeinspektion klagen gleichfalls über die enorm vermehrte Arbeit. Diese Klagen erfordern allerdings eine größere Beachtung. Auf keinen Fall darf die Hüttenarbeiter-Schutzverordnung in ihrer Ausführung Schäden erleiden, weil nicht genügend Aufsichtsbeamte vorhanden sind. Es ist also die Verrechnung der Beamten und ihre Unterstützung durch gesicherte Arbeiterkontrollen zu fordern. Die Sache eilt, wie zum Beispiel aus den Angaben des Oppelner Berichtes zu entnehmen ist:

Die Bekanntmachung hat schiefen Anstoß in der beteiligten Industrie hervorgerufen und in ihrer Durchführung die Arbeitskraft der hauptsächlichsten Gewerbeaufsichtsbeamten aufs äußerste beansprucht. Diese haben in verständnisvollem Hand-in-Hand-arbeiten mit der Industrie die oft recht schwierige Aufgabe der Durchführung im allgemeinen gelöst und das Ueberarbeitswesen schon bemerkenswert beschränkt. Eine weitere Förderung dieser Aufgabe und eine gründliche Durchführung der Bekanntmachung werden aber wesentlich davon abhängen, in welcher Weise noch schwebende Auslegungsfragen gelöst, und die hauptsächlichsten Gewerbeinspektoren durch bawernde oder doch langfristige Zuteilung geeigneter Hilfsarbeiter unterstützt werden. Geht es hier, so wird demnach eine weitere Besserung der Arbeitsverhältnisse in der Eisenindustrie ohne Schädigung ihrer Lebensfähigkeit erwartet werden können. Ein abschließendes Ergebnis liegt in den bisher durchgeführten Entscheidungen noch nicht; ein solches Ergebnis steht ein weiteres Eintreten in die neuen Vorschriften und eine genaue Prüfung nicht nur in der Zeit des geschäftlichen Tiefstandes, wie jetzt, sondern auch in einer Zeit guten Geschäftsganges voraus.“

Das letztere muß besonders beachtet werden. Der Umfang der Ueberarbeit ist erst in der besseren Geschäftszeit genauer zu übersehen.

Die Aufsichtsbeamten haben ihren Berichtstabelle beigefügt, aus denen wir Auszüge gemacht und wie folgt zusammengestellt haben:

Regierungsbezirk	Zahl der Betriebe	Zahl der durchschuldeten Arbeiter	Zweifel von diesen Arbeitern unaufrichtig überarbeitet?		Zahl der wirklich geleisteten Ueberstunden	
			ja	nein	zusammen	davon am Sonntag
Potsdam	2	461	117	25,4	1366	109
Stettin u. Stralsund	1	805	100	12,4	9277	4762
Siegen	2	476	39	8,2	7016	322
Oppeln	29	30413	11472	37,8	1516975	649340
Magdeburg	4	1908	677	35,5	62146	40662
Schleswig	2	214	146	68,0	14076	1
Hildesheim	2	4229	1439	34,0	153950	105202
Hannover u. Stade	1	160	32	20,0	1996	32
Osnabrück u. Aurich	4	2735	1160	42,4	131107	21497
Münster	1	459	181	39,4	23668	13320
Witten	1	62	1	1,6	55	4
Aachen	33	47255	21601	45,7	2144475	973762
Bielefeld	5	638	215	33,8	22369	12684
Düsseldorf	15	4994	1797	36,0	249778	75952
Köln	112	55490	22802	41,1	3023909	1250550
Drier	42	3475	1342	38,6	19722	6262
Aachen	54	24364	7903	32,5	122817	52630
Machen	6	4716	2231	47,3	38969	22256

Zusammen 366 | 182563 | 73260 | 40,0 | 7588571 | 3229346

Der Umfang der Sonntagsarbeit war nicht zu erheben.

Also rund 40 Prozent der 182 563 in den Werken der Grob- und Feinindustrie, die unter die Verordnung fallen, beschäftigten Arbeiter wurden zur Ueberarbeit herangezogen. Von der Ueberarbeit entfiel 42,8 Prozent auf die Sonntage. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die regelmäßigen Beschäftigten, die 24 Stunden dazum, leider nicht mit als Ueberarbeit verzeichnet wurden, so erkennt man gleich den großen Umfang der Ueberarbeit, wie sie das erste Jahr der Schutzverordnung ausgefallen hat, trotz der schlechtesten Geschäftszeit und trotz des Umstandes, daß nach den Festsetzungen der Gewerbeinspektoren das Ueberarbeitsverzeichnis an sich schon die Tendenz der Arbeitsüberwindung der Ueberarbeit hat.

Der Bericht der Provinzen über die Durchführung der Verordnung erstreckt sich bis zum 1. April 1909. Es sind 7 1/2 Millionen Ueberstunden verzeichnet worden. Erster ist die Zahl der wirklich geleisteten noch weit größer. Sondernar wußt die Regelmäßigkeit, mit der die Beamten darüber berichten, wie die Arbeiter so gerne Ueberstunden machten. Vorgezogen ist aus einer gegenläufigen Ansicht von Arbeitern in den Provinzen der Augen gekommen. Das ist verständlich. Daß die Unternehmer lieber Ueberstunden machen lassen, als daß sie den Lohn

erhöhen, ist ja bekannt, aber deren Ansichten und Wünsche sind doch nicht die Ansichten der Arbeiter. Soweit die Arbeiter selbst ihre Uneigentlichkeit zu Ueberstunden betreiben, ist dies eben ein Beweis dafür, daß die regulären Löhne zu gering sind. Es würde sehr interessant, wenn im nächsten Bericht der Fabrikinspektoren der reine Arbeiterlohn ohne alle Mehrarbeit ermittelt und mitgeteilt würde. Selbstverständlich muß die Schutzverordnung auch gegen den Widerstand unvernünftiger Arbeiter durchgeführt werden.

Die Durchführung der Schutzverordnung hat auch einige gute Nebenwirkungen gehabt. So fanden sich „Unstimmigkeiten“, die aus der Arbeitsordnung bei der Gelegenheit verschwanden. Vielfach wurde festgestellt, daß entgegen den Bestimmungen der Schutzverordnung des Sonntags gearbeitet wurde. In einigen Werken wurde auch für Nebenbetriebe, die nicht unter die Verordnung fielen, doch der Sonntagsarbeit und entsprechende Pausen eingeführt. Für bestimmte Gruppen von Arbeitern, die während der Pausen in der Nähe der Arbeitsstätte bleiben müssen, sind Aufenthaltsräume geschaffen worden.

Neben der Mehranstellung von Beamten ist für die Folge vor allem eine einheitliche Durchführung und Auslegung der Schutzverordnung zu verlangen. Wo Arbeiter während der Pausen in der Nähe der Arbeitsstätte bleiben müssen, darf in der Regel auch keine Aufsichtsbearbeit verlangt werden. Vor allem aber ist die „w a n d e r n d e S c h i c k t“ zu vermeiden, sie könnte höchstens für „Nofälle“ in Betracht kommen. Wo aber „Nofälle“ nicht nachweisbar sind, da darf außer den regelmäßigen Wechselschichten keine Schicht länger als 16 Stunden einschließlich der Pausen dauern. So verlangt es der Sinn der Schutzverordnung. Die Ausnahmewillkürungen bezüglich der Pausen können ganz wegfallen. Das bunte Bild der Jahresberichte beruht es. Wenn es mit der einmündigen Pause in dem einen Betrieb geht, warum nicht in dem anderen der gleichen Art. Weg mit allen Ausnahmen!

Wir verlangen aber nicht nur die strikte Durchführung der Verordnung, sondern eine sehr wesentliche Erweiterung derselben. Vor allem den Achthunderttag für die Feuerarbeiter. Schon jetzt sind Anträge zu ihm auch in Deutschland vorhanden, wenn auch nur ganz spärliche. Nach den Mitteilungen der Gewerbeinspektoren haben wir folgende Tabelle zusammengestellt:

Es arbeiten in achthündigen Schichten:

Regierungsbezirk	Art der Betriebe	Zahl d. Arbeiter
Oppeln	Walzwerk	580
	Gemischter Betrieb	155
Magdeburg	Walzwerk	280 ¹
Osnabrück und Aurich	Hochofenwerk	114
	Kokerei	40
Aachen	Walzwerk	415
	Gemischter Betrieb	470
Köln	Walzwerk	268
Düsseldorf	Walzwerk	166
Drier	Walzwerk	172
Machen	Hochofenwerk	42
Zusammen		2697

¹ In Wechselschichten, halb acht, halb zwölf Stunden. ² Ein Teil davon in sechsständigen Schichten.

Also ganze 2697 Hütten- und Walzwerkleute arbeiten in achthündigen Schichten. Immerhin: der Anfang ist da, es gilt nun die Verallgemeinerung.

Von Aachen wird, wie schon bemerkt, berichtet, daß dort in den Puddelwerken der Werkstoffbetrieb „gegenwärtig“ in der Regel am Sonnabend abend um 6 Uhr aufhört, was „zum Teil“ (also demnach nicht ganz! X.) auf die unglückliche Geschäftsfrage zurückzuführen wird. Auch das ist ein Anfang, bei dem nach Verallgemeinerung getrebt werden muß. Was in anderen Ländern geht, muß und wird auch in Deutschland möglich sein. Schluß des Betriebes Samstag abend um 6 Uhr, in der folgenden Nacht die Reparaturen; dann kann der Sonntag viel mehr wie jetzt freibleiben. Dieses Ziel ist zu erstreben. Die achthündige Mindestruhezeit der Verordnung, wobei auch bei straffloser Anwendung noch 16 Stunden möglicher Arbeitszeit bleiben, ist viel zu knapp bemessen. Die Ruhezeit muß mindestens 12 bis 14 Stunden betragen, auch bei „Nofällen“ müssen der Arbeitszeit Grenzen gesetzt sein. Auch die regelmäßigen Wechselschichten sind als Ueberarbeit zu buchen. Für jede Ueberarbeit ist ein Ersatzruhetag gesetzlich festzusetzen. Das Anwendungsgebiet der Schutzverordnung ist zu erweitern.

Der Hütten- und Walzwerkarbeiter haben große Aufgaben. Je eher diese Arbeitergruppen in Massen den Weg zum Deutschen Metallarbeiter-Verband finden, um so leichter wird ihnen die Durchführung dieser Aufgaben werden.

Die Zeit ist erfüllt!

Die sehr ein durchgreifender Schutz der Hütten- und Walzwerkarbeiter selbst bürgerlichen Schriftstellern zeitgemäß erscheint, erschien mir zum Beispiel auch aus dem Buch „Eisenhütte“, in dem Oskar Stilleich den volkswirtschaftlichen Teil also schließt: „Die Stellung der menschlichen Arbeit hat sich mit der zunehmenden Automatisierung des Betriebes im Eisenhüttenwesen prinzipiell verändert. Auf die sozialen Verhältnisse der Arbeiter in der Eisenhüttenindustrie ist an dieser Stelle nicht näher eingegangen worden, aber wer sie kennt, wird sie kaum beneiden. Vielleicht ist jetzt bereits die Stunde da, die uns zum Nachdenken darüber auffordert, ob nicht an Stelle der lediglich vom Profit beherrschten Riesenunternehmungen ein anderes System zu treten berechtigt ist, das auf die Menschen etwas mehr Rücksicht nimmt, als auf eine möglichst große Produktion und einen möglichst hohen Gewinn.“

Lohnbewegung auf den Schiffswerften Deutschlands.

Richard Calver über den Kampf.

Seit 16 der von Richard Calver herausgegebenen Zeitschrift Die Konjunktur (Wilm W. 30, Verlag für Sprach- und Handelswissenschaften S. Simon) enthält einen Leitartikel über den Kampf auf den deutschen Werften. Nach einer kurzen Einleitung sagt der Verfasser, wahrheitslieblich Calver selber:

„Ein solches Konflikt unermesslich? Handelt es sich denn um so harte, unüberwindliche Gegensätze? Gewiß, ohne Kampf kann sich weder der wirtschaftliche noch der soziale Fortschritt vollziehen, aber das Kampfen besteht doch wirklich nicht bloß darin, daß man sich um jeden Preis schädigt, ohne zu bedenken, ob die Differenzen erheblich genug sind, um die Wirkungen und Folgen des Kampfes zu rechtfertigen. Und da muß sich der Volkswirt bei Vergleichen auf andere Gebieten oft wundern, was alles zum Gegenstand einer Forderung in Baumwolle, Getreide, Kaffee u. f. w. und Millionen über Millionen abnehmen, so lassen wir das im allgemeinen mit einer Gleichgültigkeit über uns hingehen, die beängstigend ist, wenn aber zwischen Arbeitgebern und Arbeitern relativ unbedeutende Differenzen entstehen, so flamm gleich heftige Kämpfe auf und jede nächste und sachliche Erwägung hat in dem Hintergrund zu treten. Das

wird erst anders werden, wenn die Organisationen sich gegenseitig als ersthandlungsfähige Mächte anerkennen und sich bewußt sind, daß eine Organisation der andern an Macht nicht nachsteht.

Der Verfasser macht sodann einige Bemerkungen über die Ungleichheit der stürmischen Entwicklung des Schiffbaues, auf die eben ein gewaltiger Rückschlag erfolgen mußte, ein Rückschlag, der die deutschen Werften heftiger traf als die anderen Länder. Dann folgen Angaben über die Wiederbelebung der Geschäftslage und die Folgen des Kampfes für das gesamte Wirtschaftsleben. Darauf fährt der Verfasser fort:

Es wäre zu wünschen, daß im Gesamtinteresse des deutschen Wirtschaftslebens eine Verständigung durch Einigungsverhandlungen erzielt wird. Der deutsche Schiffbau bewegt sich zurzeit zwar wieder in günstigerem Rahmen, aber es sollte nicht unberücksichtigt bleiben, eine tiefergehende Störung er selber erst überwunden hat, deren Nachwehen immer noch bemerkbar sind.

Unter der ungünstigen Lage des deutschen Schiffbaues haben nun aber die Arbeiter vor allem zu leiden gehabt, und es ist nicht verwunderlich, daß sie bei den ersten Anzeichen einer Besserung der Geschäftslage ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern trachten. Das liegt um so näher, als das letzte Jahr eine ganz bemerkliche Verteuerung der Haushaltskosten gebracht hat. Für das kommende Kapital hat sich schon eine Verbesserung vollzogen, indem nicht nur der Kursstand sich gehoben hat, sondern auch die Verzinsung wieder bessere Ausflüsse bietet. Für die Arbeiterklasse hat sich zwar die Arbeitslosigkeit gleichfalls etwas gehoben, aber der Verdienst ist im Vergleich zum Wandel in der Kaufkraft des Geldes ungenügend geblieben. Und da ist es denn durchaus zu verstehen, wenn die Arbeiter auf eine Verbesserung ihrer Lage bedacht sind. Wenn man nun einwendet, daß der jetzige Moment ein Entgegenkommen der Werften aus verschiedenen Gründen nicht gestatte, so möchten wir diesen Einwand zwar keineswegs gelten lassen, aber selbst wenn man ihn teilt, so war und ist es von den Werften eine solche Taktik, sich schon ablenkend den Forderungen der Arbeiter entgegenzustellen und die Differenzen sofort zu einer großen Nachstube zu gestalten. Das mag sehr imponant erscheinen, volkswirtschaftlich ist es ein Fehler. Warum beschreiten die Werften nicht den Weg der Verhandlung mit ihren Arbeitern? Mit jedem ihrer anderen Kontrahenten im geschäftlichen Verkehr verhandeln sie. Mit ihrem wichtigsten Kontrahenten, mit der Arbeiterklasse, lehnt man dieses Verfahren ab und riskiert lieber einen Kampf bis aufs Messer, der für das werbende Kapital ebenso unheilvoll wirken muß, wie er die Arbeiterklasse schädigt. Durch rechtzeitige Verhandlungen hätte der Konflikt beigelegt, der Kampf vermieden werden können. Hoffentlich gelingt es dem Reichsamt des Innern, erfolgreiche Verhandlungen in die Wege zu leiten, damit die Tätigkeit auf unseren Werften nicht zu lange unterbrochen wird. Vielleicht erfährt man aber wieder aus diesem neuesten Fall, wie nötig eine Institution ist, vor der Ausgleichsverhandlungen stattfinden haben, bevor der Kampf begonnen wird. Wir wollen heute durch Schiedsgerichte die Kriege aus der Welt schaffen! Zeigen wir erst, daß wir im Interesse der nationalen Volkswirtschaft die Kämpfe auf sozialem Gebiet einzuschränken vermögen, die nicht nur die Interessen der Beteiligten berühren, sondern die auch ganze Schichten Unbeteiligter, ja mehr oder weniger das gesamte Wirtschaftsleben beeinträchtigen.

Leider haben wir Ursache, anzunehmen, daß die Ausführungen Calverts an den Hamburger Wertgehaltigen abprallen werden. Der in einigen Scharfmacherblättern ihnen (offenbar von Reichswirtschaftlicher Seite) erteilte Rat, sich mit dem „Bismarckischen Gefühl“ absoluter Wurschtigkeit zu wappnen, ist, gelinde gesagt, überflüssig, denn das tun die Unternehmer in der Schiffbauindustrie ohnehin.

Ausdehnung des Kampfes.

Der Kampf hat insofern weitere Ausdehnung erhalten, als von den Arbeitern bei folgenden Firmen Streikarbeit abgelehnt wurde: Zeise, Elengieserei in Ottenen, Groß & Degenerhardt in Altona, Fehrmann, Bremer Hausa, Austral-Linie, Streblow, Dittmann & Wagner, Böhmig, Söder, Stirling, Saller & Lange und Basilius & Radde in Hamburg. In Betracht kommen 240 bis 260 Arbeiter. Wie man sieht, sind dies alles nur kleinere Betriebe und die Arbeitsmengen, die sie herzustellen imstande sind, sind so geringfügig, daß sie den Werften wenig nützen können. Den Scharfmachern ist es aber offenbar in der Hauptsache darum zu tun, die Schar der Streikenden zu vergrößern. Deshalb mühen sie den kleinen Betrieben die Anfertigung von Streikarbeit zu und deren Inhaber haben sich so sehr den Scharmachern verkauft, daß sie die Übernahme von Streikarbeit nicht verweigern dürfen. Unvermeidlich folgt nun aber auf eine solche Zumutung an die Arbeiter die Arbeitsniederlegung. Diese kommt manchem kleineren Unternehmer, der bei der gegenwärtigen Besserung der Konjunktur wieder ein wenig vorwärts zu kommen hoffte, ohne Zweifel sehr unlegen. In Nr. 201 des Hamburger Fremdenblattes vom 28. August klagt die Firma Wegel & Freytag recht bewegt über die „noch nie dagewesene, irrationale Arbeitsniederlegung“. Indem die Firma eine Liste über die von den Arbeitern erzielten Einkommen der Öffentlichkeit zur geneigten Beurteilung übergibt, beweist sie, daß „familiäre Arbeiter bis auf die Meister und einzelne Vorarbeiter unsern Betrieb ohne eigentlichen Grund (?), ohne irgend welche sonstigen Forderungen betreffs Lohnerhöhung u. s. w. gestellt zu haben, verließen“. Die Gründe, von denen sich die Arbeiter der Firma Wegel & Freytag leiten ließen, sind äußerst einfacher Natur. Kriegszeiten erfordern Maßnahmen, die dem Gegner manchmal nicht verständlich sein mögen. Wegen die Arbeiter der Firma Wegel & Freytag immerhin nicht schuldig entlassen werden — es soll hier nicht untersucht werden —, den Notwendigkeiten eines heftig geführten Kampfes sich zu entziehen, etwa um der schönen Augen der Firma willen, haben die Arbeiter keine Ursache. Es scheint der Firma Wegel & Freytag gänzlich entgangen zu sein, daß die Unternehmer in diesem Kampfe über 15000 an dem Hamburger Kampfe gänzlich unbeteiligte Arbeiter rücksichtslos ausgeperrt haben. Auf welcher Seite liegt also die größte Schuld?

Suche nach Streikbrechern.

Trotz der Versicherung der Unternehmer, daß sie an einer baldigen Beendigung des Kampfes „gar kein Interesse“ hätten, wird die Suche nach Streikbrechern sehr eifrig betrieben. Die Firma Wegel & Freytag versucht dies auf schriftlichem Wege, die Hamburg-Amerika-Linie mit Hilfe von Agenten. Verzweifelte Versuche macht ein Monteur auf dem Vulkan in Hamburg. Dieser hat, nachdem es ihm unmöglich war, die nötige Arbeiterzahl auf lokale Weise zu erlangen, beschließend in den Hamburger General-Anzeiger annouciert und unter der Vorpiegelung, er habe die Genehmigung der betreffenden Organisationsleitung zur Ausführung der Arbeit erhalten, Arbeiter angenommen. Diese verlassen natürlich nach erfolgter Aufklärung regelmäßig die Arbeit. In der Hoffenshoffstraße in Hamburg treibt eine gewisse Bertha Kusulus ihre Wesen, die Streikbrecher, nachdem sie sie um 5 M. erlöset hat, nach Blohm & Voß bernichtet. Man sucht also nicht nur für die kleinen Reparaturbetriebe Streikbrecher, worüber man sich nach den obwaltenden Umständen ja nicht zu wundern braucht, sondern auch für größere, obgleich die Unternehmer angeblich „kein Interesse“ an der baldigen Beilegung des Streiks haben. Höret mir, Graf Detinbur . . .

Ferner wird unterm 26. August aus Vegesack berichtet, daß auf dem Bremer Vulkan die Lohnschreiber Lagerarbeiten und sonstige Arbeiten verrichten müssen. Für diesen Nebenlohn werden die Lohnschreiber keineswegs Dank ernten, denn bisher wurde ihnen weder Urlaub noch Gehaltszulage gewährt. Man würde ihnen auch wohl gerne andere Arbeiten übertragen, wenn die Herren Lohnschreiber dazu zu gebrauchen wären.

Gesamtzahl der beteiligten Arbeiter.

Nach einer am 30. August veröffentlichten Zusammenstellung beträgt die Zahl der streikenden und ausgeperrten Werftarbeiter aller Branchen in allen Werften 22112. Anspruch auf absolute Genauigkeit können die aus den einzelnen Orten gemeldeten Zahlen nicht erheben. Viele Streikende und Ausgeperrte, die abgereist und in anderen Orten oder, sonstwo in Arbeit getreten sind, haben sich nicht zur Kontrolle gemeldet. Allerdings sind die Unorganisierten, die keiner Kontrolle unterliegen, nicht mitgerechnet worden. Es fehlen über deren Zahl, die ja nicht gerade gering ist, jede Angaben.

In Hamburg haben sogleich 7076 Organisierte die Arbeit niedergelegt; hinzugekommen sind in den letzten Tagen etwa 700 Metallarbeiter; abgereist und anderwärts in Arbeit getreten sind etwa 1400 Mann, so daß zurzeit in Hamburg 6400 Streikende in Betracht kommen. Flensburg weist 1251 Ausgeperrte auf, Lübeck 1221, Rostock 795, Sietlin 3238, Vegesack 1088, Bremerhaven-Einswarden 1492, Bremen 2373 und Kiel 2878.

Die Zahlen schwanken sehr. Das sieht man unter andern auch an einer Aufstellung, die in Vegesack gemacht wurde. Danach war das Ergebnis der Kontrolle am 25. August folgendes:

Table with 5 columns: Organisationen, Beträge, Verheiratete, Zusammen, Kinder. Rows include Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schiffszimmerer, Schmiede, Maler, Fabrikarbeiter, Kupferschmiede, Textilarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Porzellanarbeiter, Transportarbeiter, Polnische Berufsvereinigung, Gewerksverein (Hirsch-Dunker).

Von den hier verzeichneten Organisationen waren in der Woche vom 19. bis zum 25. August 33 Mitglieder abgereist. Davon waren 3 verheiratet, 80 ledig.

Demonstration.

Etwa 3000 ausgeperrte und streikende Werftarbeiter fanden sich am 1. September in Bremen zu einem Demonstrationzug durch die Stadt zusammen. Die Polizei war so vernünftig, sie in Ruhe zu lassen.

Schiffbau für deutsche Rechnung im Ausland.

Am 27. August lief auf einer englischen Werft der für die Hamburg-Amerika-Linie bestimmte Dampfer „Preston“ vom Stapel (8000 Brutto-Registertonnen). — Die Schiffswerft De Noord in Alblasterdam (Niederlande) erhielt von einer deutschen Firma Auftrag zum Bau eines großen Rheinfahrers.

Die bürgerliche Presse.

Der Berichterstatter des Hamburger Fremdenblattes, der die „Werkgeschichte“ zu beschreiben hat, ist offenbar ein ganz Schlauber. Anlässlich dieses Kampfes hat er sich veranlaßt gesehen, auch einmal die Metallarbeiter-Zeitung zur Hand zu nehmen. Da ist ihm denn die Sperrtafel aufgefallen und er hat glücklich 51 Orte zusammengezählt, von denen der Zugzug ferngehalten ist. Das scheint ihm unerhört und er bricht in den wehleidigen Ruf aus:

„Traurige, sehr traurige Zeiten; Handel und Wandel, der ganze wirtschaftliche Organismus wird in Mitleidenhaftigkeit gezogen. Wann wird dieser Riesenkampf ein Ende nehmen, wann wird der Friede wieder seinen Einzug halten?“

Der Berichterstatter mag sich beruhigen. In der Sperrtafel herrscht ein fortwährender Wechsel von Orten und Firmen; es werden dort oft Streikfälle registriert, an denen nur wenige Arbeiter beteiligt sind. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte am Ende des vorigen Jahres 447 Verwaltungenstellen. Manche von diesen umfaßt eine ganze Reihe von Ortschaften. Da erscheint es wirklich nicht so gefährlich, wenn von 51 Orten der Zugang ganz oder teilweise ferngehalten werden muß.

Mit dem Ausfluge der Kollegen von der Norddeutschen Armaturenfabrik in Bremen nach Helgoland treiben — wie verschiedene Zuschriften an uns beweisen — noch viele bürgerliche Blätter. Wir haben schon in der vorigen Nummer diese Schreiber auf ihren richtigen Wert zurückgeführt. Wie uns nach nachträglich von der Bremer Ortsverwaltung mitgeteilt wird, war der Dampfer schon im vorigen Jahre gearbeitet worden und die Sache konnte nicht rückgängig gemacht werden. Die Beteiligung ist auch nur schwach gewesen und die Verwaltungskasse hat ein nicht geringes Defizit gehabt.

Der Geschäftsbericht der Firma Blohm & Voß

wird in Nr. 198 des Hamburger Echo vom 25. August einer längeren Besprechung unterzogen. Wir zitieren daraus das Folgende:

„Zunächst wird im Bericht selbstverständlich das bekannte Klagegeheul über die schlechte Konjunktur intoniert; Handelskämpfer sind überhaupt nicht, und sonst nur das Schulschiff „Prinzessin Eitel Friedrich“ für den deutschen Schulschiffverein Bremen, sowie der große Turbinenzug von der Tann für die Marine abgeliefert worden. Essenungeachtet konnte doch den Konsumartikeln ein Schutzschiff für von je 5 bis 8 Prozent Dividende auf das ob des schlechten Geschäftsganges blühende Kapitalistenberg gelegt werden. Man sieht, daß ein „nur mit großen Opfern aufrecht erhaltener Betrieb“ doch immer noch so rentabel ist, daß man sechs Prozent Dividende auszahlen kann. Da die Ausflüsse für das nächste Berichtsjahr die denkbar günstigsten sind, so ist dann auch ein noch reichlicher Dividendenbesitz zu erwarten — wenn der Werftarbeiter nicht einen ziemlich hiden Strich durch diese Rechnung macht. Im Bau befinden sich für die deutsche Marine drei große Turbinenzüge, nämlich „Molke“, „H“ und „S“. An Handelschiffen: „General“, Doppelschrauben-, Fracht- und Passagierdampfer für die Deutsche Ostafrika-Linie, „Eblingen“, Frachtdampfer für die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, zwei Gesellschaften für die Firma F. Laeisz und ein großer Passagier- und Frachtdampfer für die Hamburg-Silberamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Außerdem liegt eine Bestellung seitens der Hamburg-Amerika-Linie auf einen großen Handelsdampfer vor, der mit Daimler-Motoren ausgerüstet werden soll. Ferner hat sich durch die enorme Vergrößerung

des Betriebes auch eine Vergrößerung der erst vor drei Jahren erbauten Spinnerei nötig gemacht, welche Arbeit bereits in Angriff genommen ist. Wie Figura zeigt, rüstet man seitens der Werftleistungen mit aller Macht, um die gute Konjunktur auszunützen. Wenn aber die Arbeiter dasselbe tun wollen, dann ist es etwas ganz anderes. Da erinnert man sich plötzlich des berühmten Sprichwortes: „Wenn zwei das Beselbe tun, dann ist es nicht das Beselbe.“

Weiter heißt es im Bericht: „Das Bau- und Reparaturgeschäft hat unter der Ungunst der Arbeiterverhältnisse ebenso gelitten, wie unter der bis auf die Spitze getriebenen Konkurrenz. Es sind im Berichtsjahre Reparaturen zu Werften abgeschlossen worden, wie sie kaum jemals in Hamburg üblich gewesen sind und die nicht einmal die Unkosten decken!“ (?) Gut gebrüllt, Löwe! Also gerade Blohm & Voß hat repariert, ohne auch nur zu den Selbstkosten zu kommen. Wer's glaubt, bezahlt zwar keinen Taler, wird aber bei der Firma Blohm & Voß als Kalkulator angestellt. Meckwürdig ist nur, daß gerade diese Firma in dem Kufe steht, für Reparaturen am teuersten zu sein. Tatsache soll auch sein, daß schon verschiedene Inspektoren nach Empfang der Rechnungen für Reparaturen von sogenannten Nebenlohn besessen wurden, allerdings nicht wegen der billigen, sondern wegen der teureren Preise. Und die Arbeiter sind schließlich die allerletzten, die Vorteile von den teureren Preisen hatten, sitemalen ein ganzes Meer von Vorarbeitern, Bismarkern, Meistern, Obermeistern, Betriebsleitern, Aufsehern, Zeichnern, Schreibern und andere Bultdeckelappere Einflüsse auf die Preise ausübt. Ein weiterer sehr beachtenswerter Punkt ist der Bericht über das Arbeitsverhältnis. Es wird da nämlich ausgeführt:

„Die Geschäftslage (Blohm & Voß) hat unter einem enormen Arbeiterwechsel zu leiden gehabt, der nicht nur gewaltige Arbeitsaufwendungen und Störungen bedingt, sondern auch die Verdienste der übrigen, ständigen Arbeiter beeinträchtigt. Im Berichtsjahre sind eingestellt 9322, ausgeschieden 8565 Mann, so daß ein Gesamtwechsel von 17887 Mann zu verzeichnen war.“

Diese Zahlen reden deutlicher, als Worte es vermögen, von brüderlicher Sorge, vonummer, Entbehrung und Not, welche den Werftarbeiter umgaben, trotz täglicher, schwerer Arbeit. Diese Zahlen zeigen, daß es dem Arbeiter nicht möglich ist, von den Löhnen zu leben, die auf den Hamburger Werften bezahlt werden. Diese Zahlen zeigen aber auch, daß der Kampf ums Dasein kaum jemand schwerer gemacht wird, als gerade dem Werftarbeiter.“

Dieser Bericht ist typisch, nicht nur für die Hamburger Werften, sondern auch für die meisten übrigen. Man kreibt mit den „niedrigen“ Dividenden, unterläßt aber anzugeben, wofür man den übrigen Teil des Reingewinns verwendet hat. Gewaltige Summen sind unter anderem verwendet worden, um während der stillen Geschäftszelt jede nur denkbare technische Verbesserung des Betriebes durchzuführen. Von diesen Verbesserungen erwartet man selbstverständlich, daß sie bei steigendem Geschäftsgang ihre goldenen Früchte tragen, natürlich nur für die Unternehmer und die Dividendenbesitzer. Daß die Arbeiter jetzt kommen und auch einen bescheidenen Teil davon haben möchten, gilt in den Augen der Scharfmacher als ein unerhörtes Frevel.

Großfeuer bei Blohm & Voß.

Bei Blohm & Voß ist am Abend des 31. August ein großes, mit Tauwerk gefüllter Holzschuppen abgebrannt. Die Feuerwehr hatte 1 1/2 Stunden zu tun, um die umliegenden Gebäude zu schützen. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden; wundert sollte es uns aber nicht, wenn irgend jemand versucht, die Entstehung des Brandes den Streikenden in die Schuhe zu schieben.

Falsche Sammellisten.

Wie das Hamburger Echo (Nr. 201 vom 28. August) berichtet, wurde in Altona ein junger Mensch angehalten, als er versuchte, auf einer Liste Gelder für die streikenden Werftarbeiter einzuziehen. Da nicht ausgeschlossen ist, daß dieser Schwindel Nachahmung findet, so sei ausdrücklich davor gewarnt. Die zuständigen Organisationen geben keine Sammellisten aus.

Verhandlungsversuche.

Vom Reichsamt des Innern sind, wie jetzt feststeht, keine Versuche unternommen worden, die streikenden Parteien zu Verhandlungen zu veranlassen. Da aber Anzeichen vorhanden waren, die darauf schließen ließen, daß die Unternehmer zu Verhandlungen geneigt seien, wurde an die Gruppe Deutscher Geschäftswerften eine entsprechende Anfrage gerichtet. Die Unternehmer erklärten sich zu Verhandlungen bereit, verlangten aber die Einzigung von Vertretern der Hirsch-Dunderten Gewerksvereine, der „Christlichen“ und „nationalen Arbeitervereine“, wobei zu bemerken ist, daß die letztgenannten mit den jetzigen Arbeitsverhältnissen so wenig unzufrieden sind, daß die Streikbruch betreiben, also für Verhandlungen gar nicht in Betracht kommen können. Wer sich ferner das Treiben der Hirschführer und -Organe im Jahre 1907 und die darauf folgenden Gerichtsverfahren im Auge faßt, wird es begreiflich finden, daß kein Gewerkschaftler mit solchen Leuten zusammenarbeiten mag. Der Kampf wird also weitergehen und die Streikenden und Ausgeperrten werden in diesem Punkte mit den Organisationsleitungen einig sein, denn auch sie kennen ihre Pappenhelmer.

Berfammlungen.

Daß der Mut unserer kämpfenden Kollegen noch ungebrochen ist, beweist eine allgemeine Mitgliederberfammlng des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Sagebiels Claßhiffement zu Hamburg, die von mehr als 6000 Personen besucht war. Die Tagesordnung lautete: Der Stand der Werftarbeiterbewegung und weitere Maßnahmen. Referent war Kollege F. H. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Die Ortsverwaltung und die Vertrauensleute hatten einen Antrag eingebracht, wonach die nichtbezugsberechtigter Teilnehmer am Kampfe von der dritten Woche an die in solchen Fällen üblichen Unterstühtungen erhalten sollten. Der Antrag wurde gegen fünf oder sechs Stimmen angenommen. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Berfammlng mit einem dreifachen Hoch auf die Werftarbeiterbewegung geschlossen.

Auch in vielen anderen Verwaltungskellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschäftigt man sich mit dem Kampfe auf den Werften. So in Stuttgart-Cannstatt in zahlreichen Bezirksberfammlungen, ferner in Braunschweig, Breslau, Trogostadt, Twidau, Kiel (Arbeiter der Kaiserlichen Werft) und vielen anderen Orten.

Kollegen, wir müssen mit einer Verklärung des Kampfes rechnen. Galtet den Zug von Arbeitern aller Art nach den Schiffswerften und den übrigen Betrieben, die ihren Arbeitern Streikarbeit zumuten, streng fern! Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Entwicklungstendenzen in der neueren Technikerbewegung.

Von Ingenieur Richard Wolbt (Berlin).

II. Der Werkmeister.

Die unterste Stufe der industriellen Verwaltungsbureauftritte nimmt der Werkmeister ein. Er ist auch, historisch betrachtet, als der älteste Fabrikbeamte zu bezeichnen. Entwickelt sich nämlich ein Unternehmen aus den ersten züchtigen Anfängen zu einer Betriebsgröße, in der der Unternehmer nicht mehr als Arbeitskraft allein die technischen, kaufmännischen und organisatorischen Funktionen erfüllen kann, so nimmt er für diese Arbeiten Hilfskräfte in seine Dienste. Der Werkmeister wird Fabrikbeamter, der Unternehmerrfunktionen ausübt. Aber er ist nur Dienstmann, Angestellter, Lohnarbeiter. Eine im Unternehmerinteresse ausgehende Phrasologie bezeichnet allerdings den industriellen Mittelmann gerne als den „geistigen Mitarbeiter“, dessen Interessen identisch sein sollen mit den Unternehmerinteressen. Die Tatsache, daß diese Vertrauenspersonen am Unternehmenserfolg durch Gratifikationen, Entlohnungen u. dgl. teilnehmen, hat sogar manche gelehrte Leute dazu verleitet, das reine Lohnarbeiterverhältnis in solchen Fällen in Frage zu stellen. In Wirklichkeit handelt es sich hier nicht um eine Form der Gewinnbeteiligung, sondern es sind Förderprämien, die den Angestellten anstreben sollen, auf eine größere Förderung seiner eigenen Arbeit oder der Arbeitsleistung der ihm unterstellten Arbeitskräfte hinzuwirken. Wir müssen die Tatsache also festhalten, daß der Unternehmer hier einem Lohnarbeiter nur Unternehmerfunktionen übertragen hat. Im übrigen spiegelt sich gerade in der Tätigkeit des Werkmeisters das Los des industriellen Mittelmannes in seiner ganzen Klarheit wieder.

Die Leiter der älteren Großbetriebe übertrugen dem Werkmeister fast alle Obliegenheiten der Fabrikationsleitung und Verwaltung. Er hatte sich um die Herbeischaffung von Material zu kümmern, das Magazin zu verwalten, die Fabrikation zu leiten, die Anordnungen festzusetzen, auf Verbesserung von Arbeitsmethoden und Werkzeugen zu sinnen und oft sogar die Betriebsführung mit zu übernehmen. Der Meister spielte also im Betrieb eine große Rolle. In den Gründerjahren und nach dieser Zeit, in den Jahren des raschen Aufstieges solcher Werke wie Krupp, Siemens, Vorfig, Schwarzkopff, sind die ersten praktischen Mitarbeiter der Gründer in einflussreichen Stellungen hineingekommen, oft vollzog sich dann das Advancement: Gehilfe, Meister, Obermeister, mitunter auch Abteilungsleiter.

Dieses System hat zum Zusammenbruch geführt. Die unbeschränkten Funktionen, die man dem Meister übertrug, mußten Mißstände zur Folge haben. Der Werkmeister des alten Schlags war eben für seine Funktionen nicht so verwaltschaftlich vorgebildet, wie es hätte sein müssen. Meisterwirtschaft nennt daher der zünftige Fabrikorganisations alle die Unzulänglichkeiten, die unter dem alten Betriebssystem sich bemerkbar gemacht hatten. Die neue Zeit hat für diese Funktionen eine genügende Zahl von Arbeitskräften hervorgebracht, die dafür geeigneter waren. Der Ingenieur nahm dem Meister immer mehr Funktionen ab, auf der anderen Seite war es der Kaufmann, dem die rechnerischen und kaufmännischen Arbeiten übertragen wurden. Heute hat der Werkmeister nur noch die Aufsicht über den Saal, wenn auch die Arbeiterzahl ungeheuer erhöht wurde. Er bekommt die fertigen Konstruktionspläne für ein neues Fabrikat vom Konstruktionsbureau, die Werkzeuge und Arbeitsmaschinen werden ihm geliefert, die Arbeitsmethoden angegeben, oft sogar detailliert von der Betriebsleitung die einzelnen Anordnungen vorgezeichnet. Seine Funktion beschränkt sich auf die Beaufsichtigung der Arbeiter und auf die richtige Verteilung der Arbeiten, damit die Abfertigungstermine eingehalten werden können.

Daß diese Arbeitsleistung für den Werkmeister noch nicht seine höchste Grenze erreicht hat, geht aus neueren Vorschlägen einiger Fachleute hervor. So macht der Amerikaner Taylor, der auf dem Gebiet der Werkstattorganisation als Autorität gilt, den Vorschlag, die jetzigen Meisterfunktionen noch mehr zu spezialisieren und durch diese weiter durchgeführte Arbeitsteilung eine für den Unternehmer vorteilhafte Arbeitskontrolle einzuführen zu lassen. Taylor nennt sein System „Funktionsmeisterwirtschaft“. Daß es sich hier nicht um ganze Theorien handelt, sondern um praktisch verwertbare Anregungen, geht aus der Tatsache hervor, daß laut neueren Mitteilungen aus der Unternehmerrpresse die Funktionsmeisterwirtschaft in deutschen Betrieben mit Erfolg bereits praktisch angewendet worden ist.

Während in der gewöhnlichen Organisation die Arbeiter in Gruppen eingeteilt, stets nur einem Meister unterstehen, von dem sie alle Befehle und Anweisungen erhalten, sind sie in dem neuen System mehreren Meistern gleichzeitig unterstellt, von denen jeder für ganz bestimmte abgegrenzte Gebiete verantwortlich ist und nur in diesen auf den Arbeiter untersteht. Die Arbeiter empfangen zum Beispiel ihre Befehle und Unterweisungen in großen Fabriken von acht verschiedenen Meistern. Von diesen halten sich vier zur Beaufsichtigung und Anleitung der Arbeiter stets in der Werkstatt auf, während die anderen vier im Arbeitsbureau sitzen, die schriftlichen Anweisungen für die Arbeiter ausarbeiten und die Anordnungen der Leute über die Arbeitszeiten u. s. w. empfangen. In der Werkstatt arbeiten nebeneinander der Vorrichtungsmechaniker, der Geschwindigkeitsmeister, der Prüfungsmeister und der Instandhaltungsmeister. Die Vorrichtungsmechaniker haben die Arbeit vorzubereiten und dafür zu sorgen, daß dem Arbeiter die für seine Arbeiten notwendigen Werkzeuge, Vorrichtungen, Hilfsvorrichtungen u. dgl. rechtzeitig geliefert werden. Die Geschwindigkeitsmeister sollen dafür sorgen, daß die herangebrachten Arbeitsgeschwindigkeiten, Schnittstellen und Instandhaltungsarbeiten imangehalten werden, daß der Arbeiter den richtigen Gebrauch von seinen Werkzeugen macht und daß vor allen Dingen die Arbeit in der kürzesten Zeit hergestellt wird. Die Prüfungsmeister sind für die genaue Ausführung der Arbeitspläne nach den vorgezeichneten Maßen verantwortlich und haben die Fertigkeit während und nach der Bearbeitung zu kontrollieren. Die Instandhaltungsmeister sorgen für die Reinhaltung, Schmierung und Wartung der Maschinen, überwochen den Zustand der Antriebsmotoren, Wasserpumpen u. dgl. und haben auf Reinlichkeit und Ordnung im Fabrikhof.

Die vier Meister oder Beamten des Arbeitsbureaus sind der Arbeitsleiter, der Anweisungsbearbeiter, der Zeit- und Kostenbeamte und der Anfertigungsbeamte. Der Arbeitsleiter schreibt, nachdem die Reihenfolge der zu erledigenden Aufträge in großer Folge vom Betriebsleiter festgelegt ist, die täglichen Anweisungen, von denen der Arbeiter die Arbeit über die Fertigkeiten zu regeln. Diese Anweisungsbefehle sind das Hauptmittel, um die Verteilung der täglich heranzubereitenden Arbeit zu steuern. Der Anweisungsbearbeiter untersteht jedoch dem Meister als auch die Arbeiter über alle Einzelheiten der Arbeit, er teilt die Werkzeuge und Arbeitsmaschinen mit, gibt die Anweisungen an, die das betreffende Arbeitspläne zu befolgen hat. Die Übermittlung der Anweisungsbefehle in die Werkstätten und die Befolgung der in der Befolgung der Anweisungen auf freierem Gebietes übernimmt ein Anfertigungsbeamter. Der Zeit- und Kostenbeamte regelt die Vorschriften über die Arbeitszeit und die Entlohnungen in die Reiskonten durch die Arbeiter

selbst, sorgt dafür, daß diese Angaben täglich rechtzeitig eingehend und pünktlich an die Reiskonten weitergegeben werden. Der Aufseherbeamte sorgt für Aufrechterhaltung der nötigen „Disziplin“ und straft bei wiederholter Pflichtverletzung. Er prüft die eingelaufenen Beschwerden, setzt die Strafen für Zuspätkommen fest und spricht das letzte Wort über etwaige Veränderungen der Lohnsätze.

So ist alles, was bisher ein Meister „erledigen“ hatte, unter die „Funktionsmeisterwirtschaft“ — in diesem Falle acht Personen an der Zahl — aufgeteilt. Drei Beamte im Arbeitsbureau bereiten die ganze Arbeit vor und geben die Direktiven, vier Ausführungsmeister sorgen für die Vollbringung der Arbeit nach der gegebenen Anweisung und der nötigen Geschwindigkeit, und ein Aufsehermeister ist für die Ordnung in der Werkstatt verantwortlich. Durch diese Einteilung erreicht es der Unternehmer, daß die acht Meister, weil sie parallele Funktionen haben, sich auch gegenseitig kontrollieren und anspornen. Jeder Meister hat seit bestimmten Penum vorwärtsmäßig zu leisten, jeder Arbeitsfehler oder jede Unregelmäßigkeit muß von den anderen Kollegen dem Betriebsleiter gemeldet werden. Die einzelnen Funktionen greifen so kunstvoll ineinander ein, daß jede Störung im Arbeitsprozeß sofort zutage tritt.

Es sind also raffinierte Methoden, nach denen man versucht, den Meister als Arbeitsfunktionär auf die Arbeiter loszuziehen, ihn selbst aber in eine subalterne Stellung einzuplanzen. Der Werkmeister nimmt daher unter den industriellen Beamten eine höchst unbedeutende Position ein. In seiner Pufferstellung zwischen den Arbeitern und der Direktion wird er nach keiner Seite hin geschätzt. Von den Arbeitern gehaßt, weil er ihnen im Auftrag der Direktion als Antreiber entgegentritt, betrachtet ihn der Unternehmer selbst doch nur als seinen Lohnslaven. Seine Stellung ist dauernd ungewiß, trotz seiner Rindigungsfrist schwebt auch über ihm ständig das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit. Sehr schmerzhaft ist es dann für ihn, eine neue Stellung zu erhalten, da er nur auf ein bestimmtes Spezialgebiet eingearbeitet ist. Bei einem Uebertritt in eine andere Firma muß er Empfehlungen aus seiner früheren Tätigkeit aufweisen, gewissermaßen ein Führungsattest vorlegen. Der neue „Dienstherr“ verlangt nicht nur, daß der Meister sein Fach versteht, sondern er soll auch eine gute Geinnung mitbringen, unternehmerischer zu Kapital, Vaterland und Reich halten. Wie könnte er sich sonst in seiner Funktion im Interesse des Unternehmers bewähren?

Als Organisation kommt für die Werkmeister der Deutsche Werkmeisterverband in Frage, der seinen Sitz in Düsseldorf hat und jetzt circa 52 000 Mitglieder zählt. Trotz dieser großen Zahl ist der Verband doch sozialpolitisch unaktiv geblieben. Man hat sich auf reine Kaszopolitik und Wohlfahrtspflege beschränkt. Rückständigkeit der Ansichten, Jaghaftigkeit und Unentschlossenheit war von jeher das Kennzeichen der Werkmeisterbewegung gewesen. Die Verbandstätigkeit ist in der Regel das Spiegelbild des geistigen Lebens einer Berufsorganisation; man braucht sich daraufhin nur die Deutsche Werkmeister-Zeitung anzusehen, um die ganze Trägheit dieser Verbandsarbeit begreifen zu können. Selbst der Reichstagsabgeordnete Botthoff, der wahrhaftig ein Kompromißpolitiker ist, war den Herren in Düsseldorf neben anderen Gründern zu „schal“, so daß sie ihn als Syndikus ihres Verbandes vor einiger Zeit zur Niederlegung seines Amtes gezwungen haben. Der große Deutsche Werkmeisterverband hat bis jetzt trotz seiner numerischen Stärke den realistischen Fühler der Technikerbewegung gebildet und sich mit seinen gestülften Kassen als Bleigewicht an die Arbeiten der übrigen Angestelltenverbände gehalten.

Ein Frontwechsel der fortgeschrittenen Verbände dem Werkmeisterverband gegenüber ist auch hier aus Gründen der Selbsterhaltung über kurz oder lang notwendig. Bisher hat man ein fremdnachbarschaftliches Verhältnis zu dem Werkmeisterverband aufrechterhalten. Um Grenzstreitigkeiten zu vermeiden, galt die Verabredung, Werkmeister als Mitglieder in andere Technikerverbände nicht aufzunehmen. So gerechtfertigt dieser Beschluß vielleicht vor einigen Jahren war, so ergibt sich unter den heutigen Verhältnissen eine Veränderung der Lage. Man müßte den Beschluß revidieren, das heißt die jungen Werkmeister selbst den anderen Verbänden zuzuführen, um dem alten Verband den Zutritt junger Kräfte abzusperren. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, dieses Wort gilt auch hier. Mögen die alten Herren, die den Lauf der neuen Zeit nicht mehr begreifen können, unter sich bleiben und totales in der bisherigen Weise weiter vegetieren. Auf die Dauer läßt sich eine Interessendiversion der Werkmeister nicht so durchführen, wie sich das die alten erbeingewessenen Vorstandsmitglieder in Düsseldorf denken. Der Werkmeister wird eben immer klarer in ein abhängiges Lohnarbeiterverhältnis gedrängt und muß infolgedessen in seinem Verbandsleben Arbeiterpolitik treiben. Darüber sind die Zeiten, in denen der Werkmeister noch der Vertrauensmann des Unternehmers war und als solcher behandelt wurde. Je weiter wir in der industriellen Entwicklung vorwärts schreiten, um so größer wird durch die moderne Organisation der Arbeit auch seine Abhängigkeit im Betrieb. Er kann sich nur in seiner Stellung als Puffer zwischen Direktion und Arbeiter behaupten, wenn er sich als das fühlt, was er ist, nämlich auch als Lohnarbeiter. Er wird durch die ganze Entwicklung ebenfalls in eine Kampfstellung zum Unternehmer hineingetrieben und muß seine wirtschaftliche Selbstverdingung in gewerkschaftlichen Verbandsformen suchen. Müht sich die Harmonieorganisation des Deutschen Werkmeisterverbandes nicht von innen heraus zu einer Gewerkschaft umformen, dann steht diesem Berufsverein das gleiche Schicksal bevor, wie dem Deutschen Technikerverband. Eine Gegenorganisation wird gegründet, eine jüngere Richtung, die sich der alten Bewegung als eine sehr gefährliche und erfolgreiche Gegenbewegung erweist.

Sozialpolitik der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven.

Eine große Umwälzung im Produktionsprozeß hat in den letzten Jahren die Entwicklung der Schiffbauindustrie mit sich gebracht. An Stelle der manuellen Arbeitskraft sind die hydraulischen und pneumatischen Werkzeuge, Konstruktion u. s. w. getreten. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind ohne jede weitere Vorbildung lernt heute der Maschinenwinder mit den pneumatischen Werkzeugen arbeiten. Beim Ueberzug vom Holz zum Eisenstiftbau wurden allgemein Reifelehrlinge und Schlichter, also Leute, die eine mehrjährige Lehrgang hinter sich hatten, als Arbeiter und Stenmer ausgebildet, später kamen fast ausschließlich nur noch ausgebildete Arbeiter hierzu herangezogen. Daher rechnete sich die große Zahl der ungelerten Arbeiter und ungelerten Angelernten auf der Werft.

Wahrscheinlich die Kaiserliche Werft Wilhelmshaven hat seinerzeit einen großen Teil ihrer Schlichter zu Arbeitern und Stenmern ausgebildet. In den neunziger Jahren, wo der gelehrte Eisenstiftbauer der jüngeren Generation noch nicht existierte, machten die Meister ihren ganzen Einfluß geltend, die Schlichter zu bestimmen, ihre Beschäftigung am Feuer anzugehen und als Arbeiter und Stenmer aus Schlichtern überzutreten. Die Entlohnungsverhältnisse blieben

dieselben, und so kamen Hunderte der Aufzucht, umzufallen, nach. Während es die Ungelernten in ihrem neuen Beruf durch langjährige Tätigkeit zur größten Fertigkeit brachten, wurden sie natürlich ihren früheren gelernten Berufen vollständig entzogen. In der Entlohnung hielten diese Arbeiter mit denen ihres ursprünglichen Berufes nahezu gleichen Schritt, dagegen ist der Lohn der eigentlichen Arbeiter und Stenmer seit 10 bis 12 Jahren derselbe geblieben. Er beträgt für diese Arbeiterkategorien 38 bis 43 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Gerade hier, wo die Arbeit unter den unenschlichsten und aufreibendsten Anstrengungen zu verrichten ist, ist die Entlohnung eine ganz miserable und die Gleichstellung der Arbeiter und Stenmer mit den sogenannten qualifizierten Arbeitern eine unbedingte Notwendigkeit. Große Hoffnungen setzten die Arbeiter auf den im April neu herausgegebenen Lohnarif. Dieser brachte aber die von den Arbeitern und Stenmern erhoffte Eingliederung in die Klasse der Schlichter und Schloffer nicht, sondern es wurde den älteren Arbeitern eröffnet, daß sie den Lohn ihres früheren Berufes nicht weiter erhalten könnten. Dieser würde ein solches gekürzt, daß er mit dem im Lohnarif für Arbeiter und Stenmer vorgesehenen gleichförmig, eine Maßnahme, die als brutal bezeichnet werden muß, da es am Schluß der neuen Lohnklassentabelle vom 22. März 1910 heißt: „Personen, welche zurzeit einen höheren Lohn beziehen, behalten ihn bis an ihr Lebensende.“

Der angekündigte Drohung folgte bald die Tat. In der zweiten Hälfte des April wurde 70 Arbeitern und Stenmern der Lohn um 3 und 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gekürzt. Dieses Vorgehen sollte alle Arbeiter betreffen, die zu ihrem früheren Beruf wegen 10- bis 20jähriger Entlohnung nicht mehr zurückkehren wollten oder darin nicht mehr genügend leistungsfähig waren. Die für diese unerhörte Maßnahme angegebenen Gründe schlugen jeder Humanität ins Gesicht. Zunächst wurde erklärt: Wir müssen die Löhne reduzieren, sonst erhalten wir keine Neubauten mehr. Es scheint den oberen Werftbeamten also nur daran zu liegen, billiger zu arbeiten, und nach ihrer Ansicht verteuern die Schiffe nicht die kostspieligen Experimente, nicht die schwerfällige Betriebsweise, nicht das große Heer von Beamten, sondern nur die hohen Arbeiterlöhne. Von den Arbeitern, die darauf bestanden, wieder zu ihrem früheren Beruf zurückzukehren, wurde die Ablegung einer Prüfung verlangt. Dabei hat man offensichtlich das Bestreben an den Tag gelegt, die Examinanden durchfallen zu lassen, denn es wurden zunächst die Ältesten ausgesucht, die 25 Jahre und darüber nicht mehr am Feuer gearbeitet hatten. Von diesen die Anfertigung einer schwierigen Arbeit nach Zeichnung zu verlangen, verrät zu deutlich den Zweck der verlangten Prüfung. Mit einem dergleichen System, die Arbeiterlöhne zu drücken und diese Arbeiter loszuwerden, hat die Kaiserliche Werft sich inhumaner als der schlimmste Privatkapitalist gezeigt. Mit diesen Vorkommnissen beschäftigte sich im Mai der Arbeiterausschuß. Er richtete an das Reichsmarineamt eine Eingabe, von den vorgekommenen Lohnreduzierungen Abstand zu nehmen und die bisher gezahlten Löhne an die in Frage kommenden Arbeiter bis zu deren natürlichem Abgang weiterzuzahlen. Obwohl bereits vier Monate verstrichen sind, ist bis jetzt noch keine Antwort darauf eingegangen, jedoch wurde die Maßnahme der Werft immer weiter ausgedehnt. Eine solche Brückierung des Arbeiterausschusses, durch den die Wünsche der Arbeiter weitergehen müssen, paßt herrlich an der viergerühmten Sozialpolitik eines deutschen Verwaltungsreferats.

Inzwischen hat die Werft ihre inhumanen Handlungsweise weiter fortgesetzt. Nach wie vor werden die in Betracht kommenden Arbeiter, die zum größten Teil 20 bis 40 Jahre im Staatsdienst beschäftigt sind, aufgefordert, sich der Prüfung zu unterziehen. Aber genau so, wie es unmöglich ist, von einem Obermeister, Werkmeister oder Techniker, die jahrzehntelang nicht mehr praktisch tätig waren, zu verlangen, in der Praxis heute noch vollwertig ihren Mann zu stehen, ebensowenig kann das die Vernunft von den bejahrten Schmieiden, die ebenfalls jahrzehntelang vom Feuer fort sind, fordern. Das Resultat der Prüfung ist dazwischen, daß bereits eine große Anzahl Arbeiter von einer Lohnkürzung betroffen worden sind. Würde ein Privatunternehmer so vorgehen, wie es hier ein Staatsbetrieb sich erdreistet, dann wäre die Arbeitsniederlegung die unvermeidliche Folge. Hier läßt leider bis jetzt noch die Arbeiterschaft mit der Faust in der Tasche alles über sich ergehen. Aber wie lange noch, und ein Funken bringt auch dieses Pulverfaß zur Explosion. In einer Zeit, wo alle zum Lebensunterhalt nötigen Produkte und Bedarfsartikel bis zur Unertüchtigkeit im Preise gestiegen sind, wo der Arbeiter unter der unerhört drückenden Steuerlast leidet, kommt ein Staatsbetrieb herbei und beglückt eine ganze Kategorie von Arbeitern mit Lohnkürzungen. Magoreser kann wahrlich der schärfste Privatkapitalist nicht vorgehen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, diese Maßnahme der breitesten Öffentlichkeit und den Vertretern des Volkes im Reichstag mitzuteilen, um auf diesem Wege dem Vorgehen der hiesigen Werft Einhalt zu gebieten. Anstatt die Löhne aufzubessern, um die durch die ungerechte Besteuerung verärmtesten Existenzbedingungen zu paralisieren, kommt hier eine staatliche Behörde herbei und drückt das Einkommen einer ganzen Kategorie noch mehr herab. Eine größere Veröhnung der Arbeiterlohn ist wahrlich nicht denkbar.

Monteurausbildung und Scharfmacherpläne.

Ueber dieses Thema regen sich seit längerer Zeit einige Gemüter im Elektrotechnischen Anzeiger auf. Alle Zuschriften klagen über einen starken Mangel an „wirklich tüchtigen“ Elektromonturen und man merkt ganz deutlich, von welcher Seite diese Klagen besonders stark kommen, selbst dann, wenn man „Männer aus der Praxis“ reden läßt. Der Weisheit letzter Schluss war bisher nur immer der: bessere Schulung der Elektromonteur, strenge Ausbildung aller herer, die keine Prüfung bestanden haben u. s. w. Daß die Erhaltung tüchtiger Arbeitskräfte auch in der elektrotechnischen Installationsbranche eine Lohnfrage ist, dürfte jedem klar sein. In der Polemik des Elektrotechnischen Anzeigers ist indessen davon nicht oder nur so nebenbei die Rede.

Es wäre nun eigentlich kein Grund vorhanden, sich an den Erörterungen über diese Frage zu beteiligen, obwohl es nicht schaden könnte, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen der beruflichen Ausbildung noch mehr Interesse entgegenbrächten. Nun veröffentlicht aber ein gewisser A. S. in Nr. 57 des Elektrotechnischen Anzeigers einen Artikel über Monteurausbildung, der im Interesse der Organisation der Elektromonteur nicht unbedenklich bleiben darf.

Der Artikelreiber behandelt eingehend kurz die Gründe, die zu einem fühlbaren Mangel an tüchtigen Leuten führten, bespricht die Ausbildungstypen privater und öffentlicher Art und kommt zu dem Schluß, daß die letztgenannten nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten. Den Weg zum Erfolg — natürlich nur für die Unternehmerr — sieht der Artikelreiber einzig und allein in der Selbstausbildung der Monteur durch die Firmen in den einzelnen Spezialgebieten ihres Betriebes. Das können selbstredend nur mittlere und größere Betriebe sich leisten, die denn auch schon heute bis zu einem gewissen Grade sich darin betätigt haben. Um nun zu verhindern, daß die so ausgebildeten Monteur sich zur Konkurrenz begeben,

Sollen sie unter dem Versprechen günstiger Ausichten, höheren Verdienstes, größerer Selbständigkeit u. s. w., „durch längere Dienstverträge oder sonstige Verpflichtungen Beziehungen oder Abmachungen genügend lang an den gleichen Arbeitgeber gefesselt werden.“ Der Artikelsschreiber hält diese Maßnahmen also zur Verhinderung des Uebergehens zur Konkurrenz notwendig und schreibt dann wörtlich weiter: — wenn sich nicht jene Lehrherren, ähnlich wie es in allen handwerklich tätig zu erlernenden Gewerben durch die Lehrverträge geschieht, auch durch entsprechende rechtsgültige Abmachungen gesichert und dadurch jeden von ihnen angelehrten Monteur auf entsprechend lange Zeit für ihren Dienst verpflichtet haben.“

Dann wird der Plan weiter gesponnen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Zahl der Auszubildenden ähnlich der Handwerkslehrlinge eine begrenzte sein müßte.

Die hier zum Ausdruck kommenden Ansichten richten sich ganz von selbst gegen die mittleren und kleineren Unternehmer, die sich derartige kostspielige Ausbildungen nicht leisten können und daher mit minderwertigen Arbeitskräften für sich zu nehmen hätten. Über auch nach einer anderen Seite hin handelt es sich hier um recht bedenkliche Pläne. Man weiß, wie mächtig sich die großen Elektrizitätsfirmen gebärden, man kennt die Bestrebungen auf möglichst vollkommene Konzentration und nun sollte die Bindung bestimmter Arbeitergruppen noch ein Mittel zum Zweck der Vorherrschafft dieser gewaltigen Kartelle werden. In dem Artikel ist schon davon die Rede, daß die Zahl der so Auszubildenden nur eine beschränkte sein dürfe. Damit ist gegeben, daß man einer Reihe unangeleiteter und — sagen wir mittelmäßiger — Arbeiter nicht entbehren kann. Die Zahl der beiden letzten Gruppen ist nun in der deutschen Elektrizitätsindustrie sehr groß. Nun weiß man aber aus Erfahrung, daß bei allen Anlässen die leitenden oder die Obermonteure eine ausschlaggebende Rolle spielen. Stellt man sich dazu noch vor, daß neben den genannten sich auch noch andere Monteurs befinden, die eine Ausbildung durch die Firma genossen, sich auf Jahre gebunden und so sich ihres Koalitionsrechts begeben haben, so ist es nicht schwer zu erraten, wie außerordentlich niedrig die sogenannten unangeleiteten und nicht ausgebildeten Monteurs im Lohne gehalten werden können.

Es ist aber nicht bloße Mutmaßung, die zuletzt geäußert wurde; in greifbarer Gestalt rückt der Artikelsschreiber diesen Zustand näher mit folgenden Ausführungen: „Wenn diese Betrachtungen auch nur eine Anregung sein sollen und sich gewiß auch manches dafür und manches dagegen sagen läßt, so muß doch daran festgehalten werden, daß es dem Elektrizitätsstand besonders notwendig ist, daß zwischen unangeleiteten, mehr oder weniger verständnislosen Hilfsarbeitern und sachgemäß ausgebildeten, praktisch erfahrenen Monteur, gleichviel welcher Spezialgebiete der Elektrotechnik, eine große Kluft liegt, die künftig entstehen noch mehr als es leider zurzeit geschieht, in der Bezahlung zum Ausdruck kommen sollte, damit diesem Stande gute Kräfte erhalten bleiben und minderwertige von ihm ferngehalten werden.“

Nun weiß man nur zu gut, wie würdig es mit den Löhnen in der Elektrizitätsindustrie im allgemeinen bestellt ist, wie selbst qualifizierte Arbeiter ungenügend bezahlt werden. Daß trotz dieser „edlen“ Bestrebungen der Lohnsatz der qualifizierten Arbeiter nicht besonders steigen dürfte, ist nach den bisherigen Erfahrungen sicher anzunehmen. Welchen Wert aber sollen dann die letztzitierten Worte haben? Doch keinen andern, als daß den unteren Arbeitergruppen die denkbare niedrigsten Löhne angeboten werden, daß man planmäßig die Arbeitsverhältnisse verschlechtert. Dadurch aber, daß man sich die tüchtigsten gebunden hat, können sich die unteren Lohnskalen nicht mehr rühren und regen, sondern müssen sich bedingungslos dem Kapitalismus ausliefern. Der Artikelsschreiber meint nun noch zum Schluß, daß auch die Elektromonteurs selbst solches erstreben würden. Ob er wohl glaubt, daß sich diese selbst den Strick um den Hals legen?

So verhält man denn unter dem Deckmantel der Monteur- ausbildung eine Masse gefügiger Elemente zu erziehen, mit deren Hilfe man den übrigen Arbeitern alles bieten kann. Der Plan ist fein und kühl gesponnen. Wenn es auch — um mit dem Urheber zu reden — nur Anregungen sein sollen, die Art der Darlegung spricht dafür, daß man hier doch ernst an der Arbeit ist. Das ist für die gesamte Arbeiterschaft der elektrotechnischen Industrie, besonders für die Monteurs und die Helfer, Grund genug, sich zu organisieren, bevor noch die Macht der übermächtigen Konzerne sie unanfsatz aus dem Traume rüttelt.

Das Genossenschaftswesen.

[?] Wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird der Internationale Sozialistenkongreß zur Genossenschaftsbewegung in ihrer Beziehung zu den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder Stellung genommen haben. In Magdeburg steht diese Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des September noch bevor, während zwischen diesen beiden Parteitagungen in der ersten Woche des September ein internationaler Genossenschaftskongreß in Hamburg stattfindet. Die Genossenschaftsbewegung der verschiedenen Länder steht also vor einem wichtigen Zeitabschnitt. Sie ist aus der bedeutungslosen Wertigkeit, die ihr seit den Zeiten Lassalles haften geblieben ist, in die Reihe der bedeutungsvollen wirtschaftlichen Erscheinungen vorgeführt. Schuld daran ist nicht etwa die theoretische Erkenntnis von der Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation, sondern schuld daran sind die wirtschaftlichen Tatsachen, die durch die Genossenschaften ins Leben gestellt worden sind. Nun handelt es sich darum, die Konsequenzen dieser Tatsachen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu ziehen, die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften und ihre Tendenz festzustellen und in diesem Zusammenhang die politische Neutralitätsfrage zu erörtern.

Durch die bereits ausgiebig gewordene Preßbeobachtung der Parteiklätter und genossenschaftlicher Organe ist als bekannt vorauszusetzen, welche Stellung die deutsche sozialdemokratische Partei auf den Parteitagen in Berlin (1892) und Hannover (1899) eingenommen hat. Die mehr abweisende Haltung der Berliner Parteitagresolution wurde durch die wohlwollende Neutralität der Resolution von Hannover ersetzt. Seitdem hat die konjunktionsgenossenschaftliche Entwicklung in Deutschland, um die es sich in der Hauptsache handelt, eine außerordentlich starke Ausdehnung in organisatorischer und wirtschaftlicher Beziehung genommen, mit der — was man nicht immer bei großen Bewegungen beobachten kann — eine Vertiefung des Föderalismus Hand in Hand ging. Die 300 000 Mitglieder der Konsumvereine im Jahre 1899 sind auf 1 1/2 Millionen angewachsen, der Jahresumsatz ist von 200 Millionen auf 450 Millionen, die Rückvergütung (so genannte Dividende) von 20 auf 30 Millionen gestiegen und noch immer dauert diese Entwicklung an. Dazu sind die Konsumvereine in stärkerem Maße zur Warenherstellung in eigenen Betrieben (so genannte Eigenproduktion) übergegangen (1903: 20 Millionen, 1909: 60 Millionen Mark), haben ein ideales Kooperationsverhältnis mit den deutschen Gewerkschaften auf materieller Grundlage (Zarftverträge) hergestellt und so sich bei der Arbeitermassen selbst in natürlicher Entwicklung unauffällig Bahn gebrochen, nachdem die referierte Haltung der Partei in reinen Arbeiterkreisen eine lange Zeit der Stagnation bezeugt.

Dieser Entwicklung hat zweifellos die Haltung des deutschen Konsumvereinswesens gegenüber den politischen Parteien vorgearbeitet.

Die politische und konfessionelle Neutralität der deutschen Konsumvereine ermöglichte die ungehinderte Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Anziehungskraft und auch der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der im Jahre 1902 gegründet wurde, hat diesen Standpunkt aufrechterhalten. Dies ist um so bemerkenswerter, als dieser Verband, der seiner wirtschaftlichen und organisatorischen Bedeutung nach drei Viertel der deutschen Konjunktionsgenossenschaften umfaßt, gegründet wurde, nachdem auf Betreiben des Amtrats Dr. Erlicher vom Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften gegen 100 Konsumvereine wegen angeblicher politischer Tendenzen aus dem Allgemeinen Verband ausgeschlossen worden waren. Die Mehrzahl der deutschen Konsumvereine, einschließlich derjenigen, deren Konstitution dem Begriff der reinen Arbeiterkonsumvereine keineswegs entspricht, schloßen sich dem neuen Verband an und dokumentierten damit, daß die Neutralität des Konsumvereinswesens eine gegebene Sache sei. Dabei war wieder das Bestreben der Gegner, das Konsumvereinswesen politisch zu demoralisieren, um es wirtschaftlich zu schädigen, noch ein etwaige Furcht vor der Sozialdemokratie irgendwie maßgebend, sondern die einfache Erwägung, daß der vorgelegte Zweck des Konsumvereinswesens in erster Linie ein wirtschaftlicher und daher allgemein sozialer sei, und deshalb keine Einigung durch politische Doktrinen ertrage, ohne seinen Wesenszweck zu schädigen. Mit einem Wort: im Zentralverband deutscher Konsumvereine wird die Frage der Neutralität nicht als eine taktische, sondern als eine grundsätzliche angesehen. Daß die „geheilten Säubernisse“, die im Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Internationalen Kongreß als Hinderungsgrund für den Anschluß an die Partei angegeben wurden, lediglich den äußeren Zwang für den Grundsatze der Neutralität des deutschen Konsumvereinswesens abgeben, weiß jeder mit dem Wesen der Konsumvereine vertraute Genossenschaftler. Dieser äußere Zwang wurde nie als solcher empfunden, weil er dem Wesen der Sache, um die es sich handelt, vollkommen entsprach. Er bewirkte wohl auch, daß nach Kreuznach polemische Auseinandersetzungen über die Neutralitätsfrage innerhalb der deutschen Konsumvereine so gut wie nicht stattfanden und eine weitere Zerspaltung von vornherein, die sonst leicht schon bei der Gründung des Zentralverbandes hätte eintreten können, bis heute vermieden worden ist. Es ist kaum nötig, zu sagen, daß eine Zerspaltung aus solchen Gründen auch die Anziehungskraft des Konsumvereinswesens im Allgemeinen wesentlich hätte beeinträchtigen müssen.

Wenn nun in Kopenhagen und später in Magdeburg auf neue zu diesen Fragen Stellung genommen wird, und zwar: 1. über die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften hinsichtlich ihrer Tendenz, 2. über die der politischen Neutralität, wird man schwerlich die bisherige Entwicklung und die für diese Entwicklung maßgebenden Grundtatsachen negieren können. Zweifellos ist der Wesenscharakter der Genossenschaften antikapitalistisch, denn ihre gemeinsamen Resultate sind von wirtschafts-demokratischen Organisationen geschaffen und dem privatkapitalistischen Charakter unseres Wirtschaftslbens entgegengesetzt. Eine Summe sozialistischer Symptomata durchzieht den Wirtschaftskörper der Genossenschaften, besonders der Konsumvereine, und macht sie immun gegen kapitalistische Tendenzen; was wiederum nur ihrem Wesen entspricht. Diese Tatsachen liegen so sehr auf der Hand, daß es darüber weder jetzt noch auf dem Internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß, noch auf dem Magdeburger Parteitag großer Auseinandersetzungen wird bedürfen.

Anders steht es mit der Frage der politischen Neutralität der Genossenschaften beziehungsweise der Konsumvereine, die man allmählich schlechthin als Arbeitergenossenschaften ansieht, obwohl ihre Konstitution diesem Begriff nur unvollkommen entspricht. Es ist zwar richtig, daß die deutsche Konjunktionsgenossenschaftsbewegung von den Arbeitermassen vermöge ihrer Zahl getragen wird, aber nicht weniger richtig ist, daß von der zahlenmäßigen Beteiligung an einer Sache deren Charakter allein nicht abhängig gemacht werden kann. Gehören nun heute in manchen Bezirken Deutschlands nicht weniger denn 10 bis 20 Prozent der Konsumvereinsmitglieder den Beamten-, Handwerker- und sonstigen bürgerlichen Mittel- und Erwerbsschichten an, ja gibt es sogar eine nicht zu unterschätzende Zahl von reinen Beamtenkonsumvereinen, so führt es nur zu schiefen, der Sache nicht gerecht werdenden Auffassungen, von Arbeitergenossenschaften schlechthin zu reden, wenn es sich um das Konsumvereinswesen im Allgemeinen handelt. Und da die Beschlässe der Arbeiter- und Parteilongresse für das Konsumvereinswesen schlechthin, das heißt im allgemeinen von Bedeutung sein sollen, ist es notwendig, sich die wirkliche Konstitution des Konsumvereinswesens als Wirtschaftsorganisation der Allgemeinheit der Bevölkerung vor Augen zu halten, wodurch der Unterschied zu den Gewerkschaften als wirtschaftlichen Klassenorganisationen ohne weiteres klar wird, dadurch aber auch Mißgriffe, die nur von einer schiefen Vorstellung des Charakters der konjunktionsgenossenschaftlichen Organisation ausgehen können, vermieden werden. Da und dort wird von der Parteipresse geteilt, daß es sich darum handeln müsse, die „Kongressgenossenschaftler“ und die „Ueberneutralität“ mangelnd und die Konsumvereine zu einem Instrument des politischen Klassenkampfes zu machen und dabei nur die Vorhut zu gebrauchen, die die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes notwendig machen. Diese „Kongressgenossenschaftler“ und „Ueberneutralität“ hat aber eine verdammt Ähnlichkeit mit der feinerzeitigen Simulation über „Kongressgenossenschaftler“, die man den Führern der Gewerkschaftsbewegung vorwarf, weil sie die absolute Selbständigkeit und in diesem Sinne parteipolitisch neutrale Haltung als Grundlage der Gewerkschaftsentwicklung betrachteten, auch, weil nativ politische Gemüter befürchteten, die Gewerkschaftsführer könnten eine eigene politische Taktik einführen und verfolgen wollen. In Deutschland ist diese Spezies der „Kongressgenossenschaftler“, womit der Begriff verbunden sein soll, die kapitalistische Wirtschaft aus den Angeln zu heben, in der Deffektivität nicht bekannt geworden. Man scheint sie manchmal nur als Popanz zu gebrauchen, um die Arbeiter nicht etwa zu Harmoniebulsern werden zu lassen. Das ist aber überflüssige Sorge.

Was jedoch die Neutralitätsfrage im engeren Sinne anlangt, so muß darauf hingewiesen werden, daß sie für die Konsumvereine von weit größerer Bedeutung ist als für die Gewerkschaften. Es ist schon gesagt worden, daß die letzteren reine Klassenorganisationen der Arbeiter sind und sein müssen, wenn sie ihren Wesenszweck erfüllen wollen. Reine Klassenorganisationen in zweifelloserm Sinne als selbst unsere Sozialdemokratie, die ja auch nicht ausschließlich aus Arbeitern besteht, auch nicht bestehen soll. Hat nun die feinerzeitige Bekämpfung der gewerkschaftlichen Neutralität ihre großen Bedenklichkeiten gehabt und viel unwilligen Streit und Erbitterung hervorgerufen, so müßte diese Taktik bei einer Uebertragung auf die Genossenschaften rechte Konsumvereine nicht nur zu Streit und Erbitterung, sondern geradezu zu einer Sidiung der bisherigen organisatorischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Konsumvereinswesens führen. Die Konstitution der deutschen Konsumvereine ist in gar keiner Weise geeignet, irgend welchen außer ihrer Geschäftstätigkeit liegenden Disziplinen unterworfen zu werden. Ihre vollständige grundsätzliche Selbständigkeit ist Organisations- und Wirtschaftszweck zugleich. Rührt man an Organisationszweck, so wird der Wirtschaftszweck weitgehend mißbeeinträchtigt. Dafür ein Beispiel: die belgische Arbeiterpartei hat zum Kopenhagener Kongreß eine Resolution

gefaßt, die nichts mehr und nicht weniger als die Politisierung der Konsumvereine bedeutet, indem man diese als finanzielle Hilfsquellen der sozialdemokratischen Parteien konstituieren und sie direkt der Parteiorganisation der einzelnen Länder angeschlossen soll. Man kann, ohne Widerspruch zu finden, behaupten, daß bei der Durchführung einer derartigen Resolution auch ohne das deutsche Genossenschaftsgesetz, das jenen Vorhaben direkt hindern im Wege stehen würde, nicht nur die Zentralorganisation der deutschen Konsumvereine, sondern auch die wirtschaftliche Bedeutung der Mehrzahl der Vereine zertrümmert werden würde, und nicht einmal vom Gesetz und von den außenstehenden Gegnern, sondern lediglich durch die mit Naturnotwendigkeit im Innern der Einzel- und Zentralorganisationen des Konsumvereinswesens sich entwickelnden Zerwürfnisse. Und wenn selbst das nicht der Fall wäre — was mit tödlicher Sicherheit angenommen werden muß —, dann würde die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine, lediglich auf die politische Basis gestellt, eine Einseitigkeit erfahren, die der gewollten Absicht direkt zuwiderlaufen müßte.

Nun ist ja anzunehmen, daß die durch mancherlei Erfahrungen immerhin gewichtigten Kongressmehrheiten sich auf ein das Konsumvereinswesen schädigendes Resolutionsentwurf nicht ohne weiteres einlassen werden. Und wenn sie das nur aus taktischen Gründen tun, kann niemand etwas dagegen einwenden. Jede Formel, die den in Deutschland bestehenden Verhältnissen Rechnung trägt, wird ihre Unterstützung finden durch die bis heute und wohl auch in Zukunft geltende grundsätzliche neutrale Haltung des Konsumvereinswesens überhaupt. Darin liegt nicht das geringste Zeichen von Furcht über die möglichen politischen Denunziationen der Gegner, denn die sind sowieso an der Tagesordnung; auch nicht die geringste Abneigung gegen die Sozialdemokratie, denn die Konsumvereine wissen, daß auf sie bei der parlamentarischen Vertretung ihrer Sache der erste und nahezu einzige Verlaß ist; sondern darin liegt eben der Wesenscharakter der Genossenschaften begründet, der keine Ausschließlichkeit im Interesse einer Partei zulassen kann, ohne ihre Entwicklung- und Existenzbedingungen zu erschüttern und damit ihren Wirtschaftszweck ohne irgend welche zwingende Notwendigkeit einzuengen und zu gefährden. Die Konsumvereine sind von der Partei und den Gewerkschaften als das natürliche „Ding an sich“ förderenswert, denn — beruhten wirtschaftlich das Prinzip des Sozialismus, das „jede der Gemeinwirtschaft. Was die Konsumvereine — ohne Unterschied der Oberbau — dagegen geben, ist eine mit ihrer zunehmenden Stärke gewissermaßen automatisch wirkende Agitations- und Anziehungskraft für den Sozialismus. In dem Maße, wie die Konsumvereinsbewegung in Deutschland durch die natürliche Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die voraussetzungslosse Förderung durch die Sozialdemokratie an organisatorischer und wirtschaftlicher Bedeutung zunimmt, wird auch die Werbekraft des wirtschaftlichen Sozialismus zu- und die Aktionsfähigkeit der Parteien, die sich gegen ihn stemmen, abzunehmen. Die Konsequenzen auf die politische Rückwirkung dieses Prozesses ergeben sich von selbst.

Der Stand der Dinge beleuchtet auch zwei Ausführungen des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen (Nr. 31, 27. August) in sehr zutreffender Weise, weshalb sie hierher gesetzt werden. Zum ersten heißt es da:

„Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien sind in den verschiedenen Ländern sehr verschiedener Natur. In Deutschland beschränken sich diese Beziehungen darauf, daß ein Teil der Mitglieder der Konsumvereine der sozialdemokratischen Partei angehört. Die Genossenschaft selbst geht dieses Verhältnis nichts an; sie kann weder die Partei unterstützen, noch andere als Parteigenossen von sich fernhalten. Nach dem Gesetz hat sie sich jeder politischen Wirksamkeit streng zu enthalten.“

Dieser Tatsache wird nun das entgegengesetzte Verhältnis in Belgien gegenübergestellt und dem diesem Verhältnis entsprechenden Beschluß, der oben kurz herührt wurde, folgende Würdigung gegeben:

„Ein solcher Beschluß wäre nutzlos, denn auf die Haltung der Genossenschaften sieht weder die Partei, noch den Gewerkschaften ein richtunggebender Einfluß zu und die Genossenschaften könnten ihn nicht befolgen, ohne sich gegenüber der Gesetzgebung in eine schiefen Lage zu bringen. Er würde nur Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter tragen, zu verbitterten Auseinandersetzungen führen und ein wirkliches Zusammenarbeiten, da wo es möglich ist, gefährden.“

Fügt man dem noch hinzu, daß der neueste französische Parteitag dem durch die Politisierung zersplitterten Genossenschaftswesen in der Richtung der neutralen Selbständigkeit Konfessionen gemacht hat, um es allmählich zu einigen, so wird es nicht schwer sein, sowohl auf dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen, wie auf dem Parteitag in Magdeburg eine Formel für die ideellen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und der Genossenschaftsbewegung zu finden, die der Förderung der Genossenschaften zugute kommt, ohne ihren Wesenscharakter zu beeinträchtigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 11. September der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. September 1910 fällig ist.

Die Verbandsfunktionäre werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei Materialbestellungen nur die vom Vorstand herausgegebenen Materialbestellkarten benutzt werden dürfen. Bestellungen sollen möglichst nur von einem dazu bestimmten Mitglied der Verwaltung erfolgen; die Bestellkarten müssen mit Namensunterschrift und Ortstempel versehen sein.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: der Verwaltungstelle Hof 5 3 pro Woche vom 1. Oktober an; der Verwaltungstelle Hofbräu 10 3 pro Monat für männliche Mitglieder, vom 1. Oktober an; der Verwaltungstelle Wittenberg 15 3 pro Woche; der Verwaltungstelle Senftenroda 5 3 pro Woche, statt seither 10 3 pro Monat, vom 1. Oktober an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle in Altkasser: Der Schlosser Adolf Stäb, gen. Lieve, geb. am 14. Jan. 1877 zu Pöpelwitz, Lit. A. Buch-Nr. 22093, wegen unkollegialen Verhalten. Auf Antrag der Verwaltungstelle in Chemnitz: Der Klempner Ernst Alb. Fischer, geb. am 14. Oktober 1883 zu Limbach, Buch-Nr. 473989, wegen Denunziation.

Die eine Hälfte der Länge der einen Mauer ist bereits untermüht und steht frei in der Luft. Infolge des keinen Widerstand mehr findenden mächtigen Druckes bricht die frei hängende Hälfte plötzlich ab und zerfällt in den darunter schaukelnden Arbeiter. Fast ist man geneigt, eine derartige Schilberung als das Produkt einer Augen- täuschung des Beobachters anzusehen. Wo bleibt da die Gewerbeaufsicht, wird man wohl fragen. Seiten die betreffenden Beamten auch vom besten Willen befeuert, Betriebsgefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter nach Möglichkeit abzuwehren, so ist angesichts der großen Anzahl und räumlichen Ausdehnung der Werke Lothringens ihre Zahl doch viel zu gering, um, worauf es ganz besonders ankommt, des öfteren und vermutete umfassende Betriebsrevisionen vornehmen zu können. Darauf ist wohl auch die Tatsache zurückzuführen, daß in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten besonders geschriebene Einzelfälle vielfach des Charakters der Unmittelbarkeit entbehren. So ist zum Beispiel im neuesten Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für Lothringen der Fall eines Arbeiters geschildert, der bei dem Bemühen, einen Kienem, der sich um eine Welle gewickelt, mit dem Fuße abzutreten, erfaßt und zu Tode geschubert wurde. Dieses Vorkommnis hat eine verteilte Aufmerksamkeit mit einer auch uns sehr gut bekannten Sache. Sollte der Fall mit dem, der auch uns vorstehet, identisch sein, so war die Sache doch ein klein wenig anders. Im Walzwerk Jamballes des lothringischen Säulenheiligen, Badsteinschneiders und Reichstags- schiedsmanns Dr. Wendel wurde über das Quergebüll unter dem Dache eine elektrische Leitung gelegt. Um diese an die richtige Stelle dirigieren zu können, waren Tausende daran befestigt. Ein solches Tau, an dem ein vierzehnjähriger Stallenerjunge zog, war etwas lang. Um nun seine Kräfte besser auszunutzen zu können, umfing der Junge sein Bein mit dem unteren Seilende und das noch heraus- hängende Seil geriet beim krampfhaften Ziehen in das Ungetriebene der betreffenden Walzenstraße, zwischen das man den vierzehnjährigen gestellt hatte. Der Junge wurde zermalmt. Unlängst zum Ein- schreiten gegen die unmittelbaren Auftraggeber des Jungen fand auf Anzeige der Staatsanwalt nicht. Es war nur ein Stallener- kind. So das Vorkommnis, von dem wir vermuten, daß es das in dem Jahresbericht der Gewerbeaufsicht geschilderte ist. Wir schließen, indem wir uns frühere Bemerkungen der lothringischen Aufsichtsbeamten beziehungsweise der Süddeutschen Eisenberufsgenossenschaftsberichte zu eigen machen: „Die Arbeiterschaft ist bei der gut geleiteten Organisation, sollen die bestehenden Gesetze und Schutzverordnungen auch vollständig in der Praxis durchgeführt werden.“ Ein großer Teil der Verantwortung für die Mißfolge in der Unfallverhütung fällt den Weistern und Aufsehern zu. Vor Last, die häufig eine unerbittliche Gleichgültigkeit für die Bestimmungen zur Herabminderung der Unfälle an den Tag legen und ihren Untergebenen mit wenig gutem Beispiel vorangehen.“ Trifft dieses leider in sehr vielen Fällen das Richtige, so sind wir Arbeiter doch weit davon entfernt, die Weister zu als alleinige Sündenböcke in die Wüste schieben zu wollen. Wer dem Arbeiter die stetig steigenden Blutopfer auferlegt, ist letzten Endes das kapitalistische System zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Demgegenüber helfen nur „gut geleitete starke Organisationen der Arbeiter“, jeden Tag im Kleinkampf stehend, Schritt für Schritt der modernen kapitalistischen Barbarei den Boden abzugewinnen. Lütten- arbeiter, treten ein in die Reihen der Kämpfer, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Metallarbeiter.

Renkungen. Die ungelungenen Verhältnisse, die in letzter Zeit bei der Firma S. Stoll & Co., Stridmaschinenfabrik, eingetreten sind, geben Veranlassung, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Am Anfang des Jahres zeigten die damals noch zum geringen Teil organisierten Arbeiter an die Firma folgende Forderungen ein: Reduzierung der einbehaltenen Skaution von 6 auf 3 Tage, acht- tägliche Lohnzahlung und 10 Prozent Lohnnachzahlung. Der Durch- schnittslohn betrug 37 S., bei den heutigen Verhältnissen unter allen Umständen zu wenig. Da der Firma bekannt war, daß nur wenige ihrer Arbeiter organisiert waren und deshalb auch keinen Rückhalt hatten, wurden ihre Forderungen rundweg abgelehnt. Die Arbeiter sahen nun ein, daß sie ohne Organisation bei der Firma nichts erreichen und es schloß sich deshalb der größte Teil dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, um ihren gerechten For- derungen Nachdruck zu verleihen. Die Organisation nahm sich ihrer an und von der Bezirksleitung wurden für Dreher, Schlosser und Maschinenarbeiter obige Forderungen abermals eingereicht und nunmehr bewilligte die Firma sie zum Teil. Die Lohnnachzahlung betrug 5 bis 10 Prozent, eine über 5 Prozent hinausgehende Erhöhung wurde meistens nur den Affordarbeitern gewährt, die aber wohl niemals einen Nutzen durch die Erhöhung haben werden. Die bis dahin bezahlte Frühstückspause kam aber in Wegfall und abends um eine Viertelstunde länger gearbeitet werden. Die Maschinen- arbeiter müssen ihre Maschinen während der Pause durchlaufen lassen, obgleich diese nicht mehr bezahlt wird (aber freiwillig, wie sich die Firma ausdrückt). Durch die verlängerte Arbeitszeit ist nun gewisser- maßen die ganze Lohnnachzahlung wieder annulliert und die ganze Bewilligung kostet Herrn Stoll verdammt wenig. Seit dieser Zeit, als die Arbeiter den Nutzen der Organisation einsehen, ist diese der Firma ein Dorn im Auge; sie sucht auch deshalb bei jeder Gelegen- heit, organisierte Arbeiter hinauszuleiten, um an deren Stelle Un- organisierte stellen zu können. Was für tüchtige Leute sich aber unter solchen Umständen befinden können, beweist folgender Fall: Von Herrn Stoll junior wurde kürzlich ein Unorganisierter eingestellt, ein Schraub- stock taugte der betreffende nichts und mußte wieder entlassen wer- den. Anstatt nun diesen Mann wieder zu entlassen, teilte man ihn der Dreherei zu, doch kaum war er kurze Zeit dort, als er auch schon verunglückte. Wer trägt nun die Schuld an diesem Unfall? Herr Stoll junior, der, nebenbei bemerkt, mit der Technik auf ge- spanntem Fuße steht, erlaubt sich, tüchtige Arbeiter als Faulenzer zu titulieren. Diesem Herrn ist zu raten, sich mehr der Fabrikation zu widmen. Den Vorführen und Weistern ist das Buch Knigges Umgang mit Menschen sehr zu empfehlen, damit auch sie sich bessere Umgangsformen mit den Arbeitern angewöhnen. Nur dies für heute. Sollte aber die Firma die Mißstände nicht beseitigen, dann haben wir noch weiteres Material zur Verfügung. Die organisierten Arbeiter von Stoll & Co. sollten sich aber mehr als bisher um ihre Organisation kümmern und nicht bei jeder Versammlung mit Ab- weienheit glänzen, denn nur infolge ihrer Gleichgültigkeit haben diese Zustände einreißen können. Denen aber, die dem Verband noch fernstehen, rufen wir zu: Tretet ein in eure Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, denn nur mit vereinter Kraft wird es euch gelingen, menschenwürdigen Lohn und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Stoll & Co. zu erreichen.

Stuttgarter-Cannstätt. Die Ausperrung bei der Firma S. Fr. Fuhs in Cannstätt ist nach siebenwöchiger Dauer beendet worden. Folgende Ursachen lagen dieser Ausperrung zugrunde: Die Firma stellte die Forderung, die Arbeiter sollten in eine Reduk- tion der Affordpreise für Schmelze in Höhe von 22 Prozent, für Schleifer von 18 Prozent willigen. Das lehnten die Arbeiter ab. Weil aber die Firma ihre Affordpreisreduktion mit ihrer Konkurrenz- unfähigkeit begründete und nachweislich mit Unterbilanz abge- schlossen hat, erklärten sich die Arbeiter zu Verhandlungen bereit. Geführt wurden diese teils zwischen Firma und Arbeiterschaft, teils zwischen dem Verband Metallindustrieller in Württemberg und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Hier erklärten sich die Arbeiter bereit, ver- schiedene eine zehnprozentige Reduktion an den Schmelzarbeitern vornehmen zu lassen und eine fünfprozentige an den Schleiferarbeiten. Trotzdem lehnte die Firma das Angebot ab und glaubte besser zu tun mit der vollständigen Schließung des Betriebes. Sie tat das. Im Verlauf der siebenwöchigen Ausperrung ging die Firma dann von der ursprünglich geplanten Reduktion von 22 und 18 Prozent herab auf 19 und 15, später auf 17 und 13 und schließlich auf 15 und 10 Prozent. Abermals kam es nun am 19. August zu Verhandlungen der beiden Organisationen. Hier kamen folgende Einigungsbedingungen zustande: 1. Alle ausgesperrten Arbeiter werden wieder eingestellt; Maßregelungen finden beiderseits nicht

statt. 2. Die bisherigen Affordpreise werden provisorisch für Schmelze um 15 Prozent, für Schleifer um 10 Prozent herabgesetzt. 3. Der bisherige Stundenlohn wird bis zur endgültigen Festsetzung der neuen Affordpreise garantiert. 4. Wenn sich herausstellt, daß die in Ziffer 2 genannte Herabsetzung bei dem einen oder anderen Afford- bei bisheriger Arbeitsleistung zu groß ist, so wird dies ohne weiteres entsprechend vermindert. 5. Zu diesen Einigungsbedingungen nahmen die ausgesperrten Arbeiter Stellung. Sie akzeptierten sie, nachdem beide Verbände ihre Unterschrift gegeben hatten und nahmen die Arbeit am 24. August wieder auf.

Schwiede.

Gudfischen. (Berichtigung.) In der Korrespondenz in Nr. 34 (Seite 271) heißt die betreffende Firma nicht Mergler, sondern Nagla.

Rundschau.

Gegen den agrarischen Fleischwucher

hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgenden Aufruf erlassen:

„Parteigenossen!

Die Folgen der einseitig agrarischen Wirtschaftspolitik, die in dem Wucherzolltarif ihre Grundlage hat, hat jetzt das gesamte, was die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag vorausgesetzt haben, unerwartungsgleich hohe Lebensmittelpreise.

Unter den Lebensmitteln, die von dieser schamlosen agrarischen Preissteigerung am meisten betroffen sind, steht das Fleisch an erster Stelle. Seit Monaten bewegen sich die Fleischpreise in fortgesetzter aufsteigender Linie. Die Regierung hat bisher vollkommen untätig zugehört. Man glaubt sich damit begnügen zu können, daß man diese enormen Fleischpreise als eine vorübergehende Erscheinung bezeichne. Damit kann aber dem Volke nicht gedient sein, dessen Lebensbedingungen sich immer mehr verschlechtern.

Das Funktionär hat heute goldene Zeiten; die Grenzen sind ge- sperrt; soweit die Vieheinfuhr möglich ist, wird sie durch Schütze aller Art erschwert. Willkuren stehen in die ungründlichsten Tischen der Agrarier und schwerer als je kämpft das Volk um eine menschen- würdige Existenz. Alles, was in den letzten Jahren auf wirtschaft- lichem Gebiete an Vorteil für die Arbeiterklasse errungen werden konnte, wird völlig aufgewogen durch die unerhörten Preise der Lebensmittel. Strebt die Arbeiterschaft danach, einen Ausgleich durch Lohnerhöhung zu versuchen, dann antwortet das Unternehmertum mit dem brutalen Mittel der Ausperrung.

Man will offenbar nicht sehen, daß die Ver- teuerung der Lebensmittel notwendigerweise die Volksgesundheit untergraben muß. Als Ant- wort auf das Verlangen der Arbeiterpreise, die Grenzen zu öffnen, fordert das Agrarierum eine noch schärfere Abschließung und ein fast völliges Verbot der Vieh- und Fleisch- ein- fuhr aus dem Ausland. Den Seuchenschutz schützt man vor und das Profitinteresse der Agrarier meint man. Es ist eine unumgäng- liche Notwendigkeit, daß das werktätige Volk durch flammenden Protest Verwahrung einlegt gegen diese unerhörte Ausbeutung, und wie das in einzelnen deutschen Städten bereits geschehen ist, so fordern wir die Parteigenossen Deutschlands auf, allenthalben eine Protestbewegung gegen den Fleischwucher insbesondere und gegen die agrarische Raubwirtschaft im allgemeinen in die Wege zu leiten.

Berlin, 26. August 1910. Der Parteivorstand.

Wir fordern unsere Kollegen in ganz Deutschland auf, sich an dieser Protestbewegung zahlreich und eifrig zu beteiligen, einzeln, ob sie eingetragene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind oder nicht. Diese Versammlungen werden zugleich Gelegenheit bieten, zu zeigen, wie das arbeitende Volk über die Rede Wilhelms II. in Königsberg denkt.

Gewerbegerichtliches.

Eine unerhörte Entscheidung. Im Laufe des vorigen und zu Anfang dieses Jahres ging die Firma Potthoff & Flußme in Lünen dazu über, die Affordpreise nach ihrem Belieben zu regulieren. Wenn sich die Formen dagegen wandten, dann erklärte die Firma: „Nicht Sie haben die Preise festzusetzen, sondern wir!“ Um derartigen willkürlichen Affordfestsetzungen entgegenzutreten, be- schlossen die Formen, von der Firma zu fordern, daß die Afforde vor Uebernahme der Arbeit mit den Formen vereinbart werden sollten und daß kein Formler sich weitere Affordbegründungen ge- fallen lassen sollte. Die Firma hat nun zwei Formern eine Arbeit zum Preise von 13 M an, worauf die Formler erklärten, das Stück dafür nicht machen zu können. Sie forderten erst 15, dann 14 M für die Arbeit. Ein Jahr vorher war das Stück mit einer kleinen Abänderung für 14 M gemacht worden. Die Firma erklärte darauf, 14 M nicht geben zu können, worauf die Arbeiter dabei blieben, das Stück unter 14 M nicht machen zu können, dagegen seien sie bereit, es in Stundenlohn herzustellen, pro Stunde 50 S. Die Firma ging darauf nicht ein und erklärte den beiden Formern, wenn sie das Stück nicht für 13 M machen wollten, dann müßten sie auf- hören, und zwar sofort. Die Formler hatten also nicht die Arbeit verteidigt, sondern nur erklärt, das Stück für den an- gegebenen Preis nicht machen zu können, wohl aber wollten sie es in Stundenlohn herstellen. Nachher hat die Firma dies übrigens zugelassen und die Stunde sogar mit 60 S bezahlt.

Die beiden Formler klagten nun beim Gewerbegericht in Lünen wegen kündigungslöser Entlassung auf eine Entschädigung von je 50 M. In dem auf den 21. April anberaumten Termin stellte die Firma einen Ablehnungsantrag gegen einen Weistern mit der Begründung, daß er Mitglied des Christlichen Metall- arbeiterverbandes ist, dem auch einer der beiden Kläger angehört (der andere Kläger gehörte dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an) und der deshalb an dem Ausgange des Prozesses das größte Interesse habe, da der Ausstand der Formler ja den Inten- tionen des Christlichen Metallarbeiterverbandes entsprungen sei. Das Gewerbegericht in Lünen erklärte den Antrag für begründet und wies die weitere Entscheidung dieser Klage ans Landgericht, weil der eine noch in Frage kommende Weistern von Arbeitnehmer wegen Krankheit nicht erscheinen konnte. Die erste Zivilkammer des Landgerichts bezeichnete nun das Gewerbegericht in Lünen als zuständig. Daß ein Gewerbegericht einen Weistern für befangen erklärt, weil er mit dem Kläger in derselben Organisation ist, ist wohl noch nicht dagewesen. Nach dem Gewerbegericht in Lünen wäre es bald gar nicht mehr möglich, an den Gewerbe- gerichten zu klagen; sind doch unzählige Fälle zu verzeichnen, wo der Arbeitnehmerweistern mit dem Kläger in ein und derselben Organi- sation organisiert ist; aber auch der Arbeitgeberweistern müßte dann als befangen abgelehnt werden, wenn die eine der Parteien in der- selben Unternehmerorganisation ist wie einer der Gewerbegerichts- weistern. Man darf schon gespannt sein, was das Gewerbegericht tun wird, wenn ein solcher Einwand geltend gemacht wird.

In der ersten Sitzung dieses Gerichtes wurden die Fragen sowie der Gutachter Ingenieur Bauer von der Eisenhütte Westfalen ver- nommen. In der Sitzung stellte der Vertreter der Firma im Wege der Widerklage einen Entschädigungsantrag auf Zahlung eines Schadenersatzes von 300 M, der später auf 307 M erhöht wurde. Es wurde deshalb beschlossen, noch einen andern Gutachter zu vernehmen. Hierzu wurde der Fabrik- weistern Suhmann ernannt. Gleichzeitig beantragte die Kläger einen von ihnen benannten Gutachter zu hören, was

aber vom Gewerbegericht abgelehnt wurde. Im zweiten Ter- mine stellten die Kläger den Antrag, den Vertreter der Firma, In- genieur Graskopf, als Vertreter abzulehnen, weil er das Vertreten vor dem Gewerbegericht geschäftsmäßig betreibt. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Nun hatte die Firma Widerklage erhoben über 307 M. Es mochte nun dem Gewerbegericht doch diese For- derung wohl etwas zu weitgehend sein, denn die Firma wurde in der letzten Sitzung vom Vorsitzenden dahin befehrt, daß das Gewerbegericht die Widerklage in dieser Höhe abweisen müsse und sie ihre Forderung auf 36 M verringern müsse; was dann auch die Firma tat. Dadurch, daß die Forderung auf diese Summe reduziert wurde, war es den Klägern auch nicht mehr möglich, beim Land- gericht Verurteilung zu erlangen. Der zunächst als Gutachter ver- nommene Ingenieur Bauer befandete bei seiner Vernehmung, daß er den angebotenen Preis von 13 M für angemessen halte. Auch der Gutachter Suhmann kam zu dem Endergebnis, daß der angebotene Ver- trag von 13 M angemessen sei. Auf Grund dieser Gutachten erkannte das Gericht, daß die Weigerung der Kläger zur Ausführung der Arbeit unberechtigt war. Die Forderung der Entschädigung wegen kündigungslöser Entlassung fiel hierdurch in sich zusammen. Anders verhält es sich mit der Widerklage. Nach § 124 b der Gewerbeordnung kann, sofern ein Gefelle oder Gefelle die Arbeit rechtskräftig verlassen hat, der Unternehmer als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertrags- mäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ordentlichen Tageslohnes fordern. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch Ver- fügung des Regierungspräsidenten beträgt der ordentliche Tageslohn 3 M oder für 6 Tage 18 M. Weigerung der Arbeit ist gleichbedeutend mit rechtskräftigem Verlassen der Arbeit. Waren die Kläger also zur Weigerung der Arbeit nicht berechtigt, was die Entlassung zur Folge hätte, so waren sie verpflichtet, den der Beklagten zugesagten Schaden zu ersetzen. Da die Forderung der Beklagten von je 18 M gegen die Kläger an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden ist, so war nach dem Antrag der Widerklage zu erkennen. In seiner Urteilsbegründung sagt das Gericht, daß zu prüfen gewesen sei, ob der Preis von 13 M angemessen gewesen sei, was nach den Gut- achten der beiden Sachverständigen zu bejahen sei. Es könne nur dann der Affordarbeiter die ihm angebotene Affordvereinbarung ab- lehnen, wenn der angebotene Preis erheblich (!) hinter einem gewissen, vorausgesetzten, meist bei Uebergabe der Arbeit zum Ab- druck gebrachten Durchschnittsbedienstet zurückbleibe. Das Gewerbe- gericht hat also einen Minderwert von 5 S pro Stunde als nicht erheblich angesehen. Nach dem Urteil des Gewerbe- gerichtes kann also der Unternehmer fortwährend die Afforde redu- zieren und die Arbeiter sollen es sich gefallen lassen, wenn sie nicht sofort auf die Strafe verworfen werden und sich obendrein noch der Gefahr aussetzen wollen, vom dem Unternehmer, der es sich erlauben darf, gegen alle guten Sitten zu handeln, wegen „Vertrags- bruch“ verklagt zu werden. So etwas von einseitiger Rechts- sprechung ist doch wohl noch nicht vorgekommen. Dazu kommt noch, daß der Gutachter Bauer vom Vertreter der Firma Potthoff & Flußme selbst zum Gericht gebracht wurde und der Gutachter Suhmann die beiden Formern zugemuteten Nebenarbeiten und die schlechte Beschaffenheit des Krans nicht berührt hat. Die Kläger waren also vollumfänglich berechtigt, die Hinzuziehung anderer Gut- achter zu beantragen.

Alles in allem muß man sagen: die Zusammensetzung des Ge- werbegerichts, das dieses Urteil fällen konnte, war ohne Zweifel eine ideale — nach den Wünschen der Schachmacher.

Wie ein Klempnermeister über Rußland denkt.

Wie denken Sie über Rußland? Diese vor Jahren sehr gebräuch- liche Redensart kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man folgenden Brief eines Klempnermeisters an einen Kollegen liest, den dieser Klempnermeister gern zum Streifbruch verleiten wollte. Der Brief lautet folgendermaßen:

Herrn....., Bant, den 12. August 1910.

Schickt von meinem Kollegen Fähring, W. H. Ihr werdes Schreiben betreffs Stellengesuch. Sie scheinen ein sehr ängst- liches Gemüt zu sein. Ich erwähne jedoch ausdrücklich, die Pflichten organisierten Klempner befinden sich seit 7 Wochen im Streik. Es sind in W. H. Bant, welche Ortschaften unmittelbar an- und in- einander liegen, 14 unorganisierte (Fremde) beschäftigt und ist es ein Leichtes, unseren Stamm mit morganisierten besetzen zu können. Ihre Befürchtung trifft nicht zu, denn wir leben doch nicht in Rußland. Ich kann Ihnen versichern, daß Ihnen auch nicht das Geringste geschieht, denn es ist den Streiken den nicht unbekannt, daß dergleichen Ausföhrungen sehr schwer ge- ahndet werden. Also nochmals, nicht so ängstlich!

Sollten Sie nun auf die Stelle, welche sofort besetzt werden kann, reflektieren, bitte umgehend um Nachricht. In der Erwartung, zustimmende Antwort zu erhalten, zeichne

Hochachtung
Dito Hoffmann
Klempnermeister.

Sollten Sie vor Bescheid antworten, so geben Sie an, hier zum Besuch zu sein und lassen Ihre Gepäc auf den Bahnhof. Fahrten bis W. haben, bestiegen dort eine Droschke und fahren bei mir vor.

O. H.
Es gibt viele Leute, die geneigt sind, zu glauben, daß das liebevolle Wohlwollen, das die eble Junft der Streikführer bei Polizei und sonstigen Behörden findet, gerade recht stark an russische Zustände erinnert. Aber Logik ist ja etwas, wovon mancher Hand- werkskramer nicht besonders viel gegessen hat.

Eine gelbe Zentralunterstützungskasse.

Trotz aller Ablehnungsversuche geht es überall mit der durch Unternehmern aufgepöppelten gelben Bewegung riefenschnell bergab und die geschaffenen und in Aussicht gestellten „Wohlfahrts- einrichtungen“ hindern durchwegs nicht, daß die bedürften, in die gelben Verbände gepreßten Arbeiter das Unwürdige ihrer Lage erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. So auch in Augsburg, dem Ausgangspunkt der gelben Bewegung. Es ist daher begründet, daß die Hintermänner der gelben Arbeiterzerfplitterung nach Mitteln suchen, um die Arbeiter zu fesseln.

Wie nun die letzte Nummer der W. H. (das in Augsburg erscheinende Organ der gelben Arbeitervereine) mittelst, hat die Grünbun- gung einer gelben Zentralunterstützungskasse stattgefunden, die ihren Sitz in Augsburg hat. Die Grün- bundung dieser Kasse ist schon auf der gelben Tagung in Kiel (Osten 1908) beschlossen worden. Ueber ihre Vorgehensweise verbreitete sich in einer jüngst in Augsburg abgehaltenen gelben Versammlung der als eifriger Förderer der Gelben bekannte Reichsrat Pfeiffer der Maschinenfabrik Augsburg, nebstbei auch Vorstandsmittglied des bayerischen Metallindustriellenverbandes. Einige seiner Ausführungen sind sehr interessant. Er erzählte zum Beispiel, daß nach der ersten Berechnung für die Zentralkasse ein Grünbun- gungsfond von 35-40 000 M notwendig geworden wäre, andernfalls die Genehmi- gung durch das Reichsaufsichtsam nicht erteilt worden wäre. Leider hätte die Grünbun- gung aber bisher nicht stattfinden können, weil wohl einige Unternehmer sich bereit erklärt hätten, zum Gründungsfonds bei- zutreten, die großen Unternehmer hätten jedoch eine ab- wartende Stellung eingenommen; auch sei durch das ungeliebliche Vorgehen von sonst befreundeter Seite Unklarheit und Verwirrung verursacht worden. Dann jagte Pfeiffer in bezug auf die tätige Mithilfe des Reichsaufsichtsamtes an dieser famosen Grünbun- gung:

„Ich konstatiere mit besonderem Vergnügen und Dankbarkeit, daß genannte hohe Behörde unsere Sache in entgegenkom- mender Weise aufnahm, bei den mehrfachen Konferenzen wertvolle Aufschlüsse und Ratschläge, weit über das dien- stliche Maß hinaus, und schließlich uns solche Vergünstigungen gab, daß es uns möglich wurde, ohne berufliche und tech- nisches Gutachten, ohne erheblichen Grün-

